

Bezugspreis:
Wochenblatt 30 Pf., monatlich 1,80 M.,
fest im Voraus, voraus zahlbar. Post-
bezugs: monatlich 30 Pf., einjährig 3,60 M.,
vierteljährig 90 Pf. Unter Kreuzband für
Deutschland, Dänzig, des Saar- und
Schlesien, sowie die ehemals deut-
schen Gebiete Polens, Österreich,
Ungarn und Rumänien 30 Pf. für
das übrige Ausland 40 Pf. Post-
belegungen nehmen an Österreich,
Ungarn, Eltsche-Slowakei, Däne-
mark, Holland, Luxemburg, Schweden
und die Schweiz.

Der 'Vormärz' mit der Sonntags-
beilage 'Volk und Welt', der Inter-
ventionsbeilage 'Heimkehr' und der
Beilage 'Siedlung und Kleingarten'
erscheint wöchentlich zweimal, Sonntags
und Montags einmal.

Telegramm-Adresse:
Sozialdemokrat Berlin

Vormärz

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Expedition: SW 68, Lindenstr. 3
Vernsprecher: Amt Morisplatz, Nr. 151 90 - 151 97

Mittwoch, den 6. April 1921

Vorwärts-Verlag S. m. b. H., SW 68, Lindenstr. 3
Vernsprecher: Amt Morisplatz, Nr. 11753 - 54

Briands gepanzerte Faust.

Paris, 5. April. (G.) In der heutigen Senatsdebatte sprach,
nachdem mehrere Redner zu Worte gekommen waren, Ministerpräsi-
dent Briand seine Rede mit der Erklärung, daß das
Problem, dessen Lösung vom ganzen Lande mit Spannung erwartet
worden sei, und das ganze Volk mit angstvollen Gefühlen
erfüllt habe, die Lage Frankreichs gegenüber Deutschland sei. Er sei
überzeugt, daß Frankreich sich seinem Ziel nähere und daß
die Stunde komme, wo es in der Lage sein werde, den Weg der
Verwirklichung zu jahren, er erklärt, daß Deutschland den
Versuch unternommen habe, die Gegenstände zu vertiefen.
Die Alliierten hätten dieses Manöver durchschaut, und auf der Pariser
Konferenz sei die Notwendigkeit ihrer Einigkeit klar begründet
worden. Er erwähnt dann die Londoner Verhandlungen und sucht
zu beweisen, daß

Deutschland lächerliche Vorschläge
gemacht habe. Je länger der deutsche Außenminister seine Rede auf
der Konferenz hinauszögerte, um so deutlicher konnte man sehen, wie sich
auf den Zügen unserer Freunde Enttäuschung und Zorn abspiegelte.
Der deutsche Vorschlag hat unsere Entrüstung hervorgerufen.
Auf welche vornehme Weise Lloyd George geantwortet hat, ist
ja bekannt. Er hat mit der ganzen Vopazität des englischen Volkes
gesprochen und den Verlauf des ganzen Krieges nochmals erwähnt
und dabei die Sache Frankreichs vorteilhaft vertreten. Briand be-
spricht dann Ereignisse, die auf den Abbruch der Verhandlungen
folgten, und die die Befehung Duisburgs, Düsseldorf und
Ruhrsports zur Folge hatten. Er führt dann weiter aus: Das
Abkommen von London ist nicht zur Verwirklichung gekommen, daher
tritt der Versailles Friedensvertrag in Kraft. Die Maßnahmen, die
die Alliierten beschlossen haben, werden unverzüglich in Kraft treten.
Eine kurze Verzögerung war unumgänglich, da wir die Beziehungen
für die Zollgrenze zwischen dem Rhein und dem übrigen Deutschland
festlegen mußten. Außerdem hatten wir auch Tarif- und Personen-
fragen zu regeln. Nach dem 1. Mai wird Deutschland keine Verzöge-
rung mehr herbeiführen können. Es wird juristisch der Beweis er-
bracht werden, daß durch die Abrüstung und Bestrafung ein rechtlicher
Standpunkt vertreten werde, und damit sei alles gelöst (?). Wenn
die Fahrlässigkeit des Schuldners nachgewiesen ist, hat der Gläubiger
das Recht,

alle Zwangsmassnahmen
durchzuführen. In London hat Deutschland sich des Friedensvertrages
bedient. Sobald der Zeitpunkt gekommen sein wird, werden wir das
gemeine Recht in Anwendung bringen. Versucht Deutschland sich noch
einmal seinen Verpflichtungen zu entziehen — ich sage dies mit
einer hohen Stimme —, so wird eine starke Hand auf es herabfallen
(Stürmischer Beifall.)

Paris, 5. April. (W.E.) Briand fuhr fort: Deutschland versuche
immer noch die anzunehmen. So habe es gesehen, daß einer der
Verbündeten vorübergehend beiseite stehe. Es habe
deshalb bei ihm eine Propaganda getrieben, die würdig sei seiner
Schwerfälligkeit und der Mißachtung, die es gegen andere Nationen
habe. Aber Amerika habe die Wahrheit begriffen. Es habe
erklärt, es stelle mit Vergnügen fest, daß Deutschland den guten
Willen habe, seine Schuld zu bezahlen, weil es für den Krieg ver-
antwortlich sei. 50 Jahre hindurch habe Deutschland die Macht be-
wundert, und nachdem es seine Truppen mit Wust an der Spitze
habe zurückziehen sehen, habe es geglaubt, es sei ein Opfer des
Hungers und des bösen Geschicks geworden, sei aber nicht besiegt.
Jetzt aber sehe es, daß fremde Truppen auf seinem Gebiete vor-
marschieren, und es bemerke, daß sich tatsächlich seit 1871 etwas ge-
ändert habe. Alles, was Deutschland besitze, garantiere die Schuld.
Sollten etwa diejenigen, die Frankreich Geld gesehen hätten, damit
es sich verteidigen könne, nicht bezahlt werden, während diejenigen,
die Deutschland Geld gesehen hätten, inzwischen bezahlt würden?
(Lebhafter Beifall.) Man werde

Zwang anwenden,
von dem auch die deutschen Großindustriellen nicht aus-

geschlossen sein müßten. Ein Teil der deutschen Bodenreichümer müsse
zur Zahlung herangezogen werden. Allerdings verstehe Deutschland
keine Hilfsquellen. Der entscheidende Augenblick nahe heran, in dem
Frankreich im Einverständnis mit seinen Verbündeten fest entschlossen
sei, das letzte Wort zu haben. Er beglückwünsche sich dazu, daß
Frankreich bis jetzt Beweise von Geduld gegeben habe.

Die Zwangsmassnahmen seien mit Recht ausgeführt, aber
mit der Sicherheit, die das gute Recht und das Vertrauen in die
Zukunft gebe. Er beklage das deutsche Volk. Es
werde aber in kurzem erfahren, daß das Recht auf der Seite der
Alliierten stehe und daß man entschlossen sei, zu seiner Forderung
zu gelangen,

wenn nötig mit Gewalt.
Briand antwortete dann den verschiedenen Interpellanten, die
zu Beginn der Sitzung zu Wort gekommen waren. Er sprach zuerst
von den Beziehungen zu Sowjetrußland. Er glaube nicht,
daß man mit einem juristisch nicht anerkannten Staat einen Vertrag
abschließen könne. Rußland sei ein desorganisiertes Land ohne
Transportmittel. Der Standpunkt Amerikas näherte sich dem Frank-
reichs. Er werde der Anregung näher treten, ob man nicht gemein-
sam mit den Vereinigten Staaten handeln könne.

Zum Schluß kam Briand auf das Abenteuer des Königs Karl
zu sprechen. Es handele sich darum, Verpflichtungen zu erfüllen, die
man gegenüber Italien, der Tschechoslowakei und Südslawien über-
nommen habe. Die Rückkehr des Königs hätte zum Blutovergießen
führen können.

Auch das Vorgehen Griechenlands beklagte Briand.
Griechenland habe man klar zu verstehen gegeben, welche Gefühle
man habe. Man habe Freundschaftsgefühle gegen das Volk und
wolle ihm das Recht geben, seinen Willen hinsichtlich des Monarchen
frei zu äußern. Das Vorgehen Frankreichs in der Orientfrage habe
aber den Griechen bewiesen, daß Frankreich seine geheiligten
Rechte wahren wolle.

Der Senat vertagte dann die Weiterberatung über das Budget
für auswärtige Angelegenheiten auf Mittwoch nachmittag.

Briands Erklärung, weil das Londoner Abkommen nicht
verwirklicht worden sei, sei der Friedensvertrag von Ver-
sailles wieder in Kraft getreten, bestätigt den von uns seit
jeher vertretenen Standpunkt, daß die Londoner Beschlüsse
eine Abänderung des Friedensvertrages darstellten. Eine
Abänderung geschlossener Verträge läßt sich nur durch beider-
seitiges Uebereinkommen erzielen, man hat aber Deutschland
durch vertragswidrige 'Sanktionen' zur Annahme der Lon-
doner Beschlüsse zu zwingen versucht.

Jetzt kündigt Briand an, wenn Deutschland sich 'seinen
Verpflichtungen entziehe', d. h. wenn es Unmögliches
unersüßlich lasse, werde Frankreich sich grundsätzlich nicht mehr
an den Vertrag halten, sondern 'nach gemeinem Recht' ver-
fahren. Mit diesem 'gemeinen Recht' meint Briand das
gemeinste von allen, nämlich das Kriegsrecht. Briands
herablaufende starke Hand ist aber nur ein Plagiat an Wil-
helms gepanzerte Faust. Wir sind gespannt, doch nicht erschrockt.

Im Zusammenhang mit der Rede Briands ist folgende
Neuermeldung aus Washington nicht ohne Interesse:

Biviano äußerte bei einem Essen, das ihm zu Ehren gegeben
wurde und an dem mehrere Senatoren sowie die meisten Mitglieder
des Senatsausschusses für auswärtige Angelegenheiten teilnahmen,
Präsident Hardings Regierung beabsichtige den Kriegszustand
mit Deutschland durch Kongressbeschluss zu beenden
und ziehe den Eintritt der Vereinigten Staaten in den Völker-
bund nicht in Erwägung.

Washington proklamiert den Friedenszustand, Paris den
Kriegszustand. Das heißt: vielleicht! Denn soweit ist es ja
noch nicht!

große Demonstration gegen die Habsburger veranstaltet. Der Zug
steht noch dort, man glaubt aber, daß es gelingen wird, ihn weiter-
zubefördern.

Der Minister des Innern, Dr. Glanz, ist zurückgetreten, weil
er den Vereinbarungen, die über den Transport Karls durch
Deutschösterreich getroffen wurden, nicht zustimmen wollte. Um
nämlich Karl Habsburg vor allzu stürmischen Begeisterungen
zu schützen, wies der 'Hofzug' auch non Abgeordneten der drei
großen Parteien, der Christlichsozialen, Sozialdemokraten und Groß-
deutschen begleitet. Dr. Glanz soll besonders daran Anstoß ge-
nommen haben, daß auch zwei sozialistische Offiziere und
einige Volkswehrleute mitfahren.

Der Oberst Sedow soll Karls bitteres Brot fortan teilen
wollen, und der ungarische Außenminister Dr. Graf ist so un-
glücklich, über den Abzug Karls, daß er sein Amt niederlegen will.

Spanische Sozialisten gegen Moskau. Die sozialistische Gruppe
in Madrid hat mit 240 gegen 147 Stimmen beschlossen, die Mos-
kauer Bedingungen zu verwerfen. Es wurde dagegen der Wiener
Internationale Empathie bezeugt.

Karl-Nachspiele.

Wien, 5. April. (Eigener Drahtbericht des 'Vormärz'.) Karl
Habsburg ist heute um 11 1/2 Uhr vormittags im Sonderzug von
Steinamanger abgereist und erreichte nachmittags die ungarisch-
österreichische Grenzstation Fehring. Der Zug wird also nicht über
Wien geleitet. Bei der Uebernahme des Zuges ergaben sich
Schwierigkeiten, da die Ungarn den Zug nur den Österreich-
offizieren übergeben wollten. Der Wiener Polizeirat, der dabei
war, erklärte aber, daß er im Namen der Regierung Deutschöster-
reichs den Zug zu übernehmen habe, da er der Kommandant des
Zuges sei. Wenn die Ungarn darauf nicht eingingen, so würde er
den Zug nicht übernehmen. Daraufhin gaben die Ungarn nach.
Der Polizeirat stieg dann in den Wagen Karls ein und brachte ihm
die Uebernahme in würdiger Form zur Kenntnis. Bei der Abfahrt
wurde von den Ungarn 'Eisen' geschrien, worauf die österreichischen
Eisenbahner mit 'Abzug Habsburg!' antworteten.

Eine zweite Schwierigkeit, die zurzeit — 9 Uhr abends — noch
nicht behoben ist, ergab sich in Bruck a. d. Mur. Dort haben
die Arbeiter den Zug nicht in die Station einfahren lassen und eine

Heinzes Münchener Mission.

Die Ueberschrift könnte auch heißen: 'Wie Bayern mit
dem Reich Schindluder spielt'. Am 23. März war bekannt-
lich der Bizekanzler des Reiches, der Deutsche Volksparteiler
Dr. Heinze, im Auftrag des bürgerlichen Reichskabinetts
nach München gefahren mit dem Auftrag, die Stellungnahme
der Reichsregierung in der Entwaffnungsfrage in einer
Sitzung des bayerischen Kabinetts zur Darstellung
zu bringen. Er hat unverrichteter Dinge nach Hause zurück-
kehren müssen, denn weiter als zu einer Unterhaltung mit
Herrn v. Rahr — wir wissen nicht, der wievielten dieser Art
— hatte er es nicht gebracht. Das bayerische Kabinett ver-
schloß ihm 'aus verfassungsrechtlichen Gründen' die Türe.

Ueber diesen bemerkenswerten Vorgang werden nun
zwei amtliche Erklärungen in Umlauf gebracht, eine von
Berlin und eine von München. Die Berliner besagt:

Gegenüber unrichtigen Darstellungen, die in der bayerischen
Presse in den letzten Tagen über den Besuch des Bizekanzlers in
München verbreitet waren, wird folgendes festgestellt: Die Reichs-
regierung hielt bei der Wichtigkeit der Sache zur Unterstützung
und Ergänzung ihrer schriftlichen Mitteilungen in der Entwaff-
nungsfrage eine mündliche Aussprache mit dem bayerischen Mi-
nisterpräsidenten für notwendig. Infolgedessen ließ sie am Dienstag
abend durch ihren ständigen Vertreter Grafen von Jech anfragen,
ob eine solche Besprechung des Bizekanzlers mit dem Ministerpräsi-
denten am Donnerstag stattfinden könne. Nachdem dies festgestellt
war, ließ die Reichsregierung durch den Grafen von Jech am Mitt-
woch ferner den Wunsch übermitteln, ob es möglich wäre, der Be-
sprechung mit Herrn von Rahr auch eine Aussprache im Ministerrat
folgen zu lassen. Als der bayerische Ministerpräsident hierbei ver-
fassungsmäßige Bedenken gegen die Teilnahme eines
Reichsministers an einer bayerischen Kabinettsitzung geltend machte,
— die von der Reichsregierung nicht in Rechnung gestellt waren, weil
sie selbst in wichtigen Angelegenheiten wiederholt mit Ministern der
Länder zusammen getagt hat und auch an preussischen Kabi-
nettsitzungen wiederholt Reichsbeamte teilgenommen haben —,
hat Graf von Jech sofort eine zwanglose Zusammenkunft
mit den Ministern vorgeeschlagen.

Das Ersuchen der Reichsregierung um die Besprechung ist also
in gehöriger Form vorher übermittelt worden. Das von Dr. Heinze
überbrachte Schreiben enthält in dieser Hinsicht nur noch die Voll-
macht für ihn. Dr. Heinze reiste am Mittwoch abend nach München
ab, nachdem die Zusammenkunft mit dem Ministerpräsidenten von
Rahr gesichert war. Am Donnerstag morgen fand eine eingehende
Besprechung des Bizekanzlers mit dem Ministerpräsidenten statt.
Dr. Heinze entwidmete und begründete dabei unter Berücksichtigung
aller Umstände den Standpunkt der Reichsregierung in der Entwaff-
nungsfrage. Nach Beendigung der Unterredung legte er dem
Wunsch nach einer Besprechung im bayerischen Mi-
nisterrat vor, und regte, falls dagegen Bedenken beständen, auch
seinerseits eine zwanglose Zusammenkunft an. Herr
von Rahr erklärte, daß er diese Frage zunächst dem bayerischen Ka-
binett unterbreiten müsse. Jedensfalls werde er seinerseits dem Kabinett
die Darlegung, die der Bizekanzler gemacht habe, in loyaler Weise
übermitteln. Am Abend reiste der Bizekanzler ent-
sprechend seiner vorherigen Mitteilung nach
Berlin zurück.

Die bayerisch-amtliche Darstellung besagt:

Durch den Geschäftsträger des Reiches in München, Herrn
Grafen Jech, wurde am Mittwoch, den 23. März, der bayerische
Ministerpräsident, Herr v. Rahr, benachrichtigt, daß der Bize-
kanzler Dr. Heinze, dessen Besuch für Donnerstag, den 24. März,
abends angekündigt worden war, dem bayerischen Ministerrat im
Auftrag der Reichsregierung Mitteilungen zu machen beabsichtige.
Der bayerische Ministerpräsident Dr. v. Rahr äußerte demgegen-
über sofort verfassungsmäßige Bedenken, die auch dem
Geschäftsträger Grafen Jech alsbald mitgeteilt wurden. Anderen
Tages, kurz nach 11 Uhr, erschien der Bizekanzler Dr. Heinze beim
bayerischen Ministerpräsidenten Dr. v. Rahr und überreichte ihm
eine vom 23. März datierte Note des Inhalts, daß der Bizekanzler
Dr. Heinze von der Reichsregierung beauftragt sei, den Standpunkt
der Reichsregierung dort mündlich vor dem Kabinett nochmals nach-
drücklich auseinandersetzen. In mehr als einstündiger Aussprache
unterhielt sich der Bizekanzler Dr. Heinze mit dem bayerischen
Ministerpräsidenten über die Frage der Entwaffnung. Gegen das
in der Note ausgesprochene und auch vom Reichsminister Dr.
Heinze mehrmals mündlich vorgebrachte Verlangen der Teilnahme
am Ministerrat wiederholte der bayerische Ministerpräsident die be-
reits geäußerten verfassungsmäßigen Bedenken. Er
erklärte, daß er die Note und das Verlangen der Reichsregierung dem
Ministerrat zur Klärung unterbreiten werde. Der Ministerrat
lehnte nachmittags im Einverständnis mit dem Ministerpräsidenten
das Verlangen der Reichsregierung ab, dem Bizekanzler Dr. Heinze
als Beauftragten der Reichsregierung die Teilnahme am Ministerrat
zu gestatten. Eine sachliche Stellungnahme zur Entwaffnungs-
frage selbst war damit nicht ausgesprochen.

Von diesem Beschluß des Ministerrats konnte der Bizekanzler
Dr. Heinze nicht mehr rechtzeitig persönlich verständigt werden, da
er nach Schluß des Ministerrats bereits 1 1/2 Uhr trotz mehrfacher
Versuche weder in der preussischen Gesandtschaft noch in seinem Hotel
zu erreichen war. Deswegen konnte ihm auch nicht mehr der Wunsch
und die Bereitwilligkeit des Herrn Ministerpräsidenten und der bayer-

eisen Minister übermüdet werden. In einer ungezwungenen Zusammenkunft zu einer Aussprache zu treffen. Reichsminister Dr. Heinze reiste noch am selben Abend nach Berlin zurück.

So die bayerisch-amtliche Darstellung. Es sei hinzugefügt, was nichtamtlich der „Deutschen Zeitung“ aus München dazu geschrieben wird:

Ist man in Berlin wirklich so irrsinnig zu glauben, Bayern hätte auch nur die geringste Lust, die ziel- und haltlose Schaufelpolitik des „Greises“ auf dem Dache, der sich nicht zu helfen weiß, mitzumachen? In diesem Sinne wurde Fehrenbachs junger Mann unterrichtet, und ebenso geheimnisvoll, wie er aufgetaucht war, verschwand er noch am selben Tage in der Richtung gegen den Norden. Es geht jetzt hart auf hart: die München — die Berlin! Wir möchten daher in letzter Stunde die jüdisch-sozialistischen Nachhahler an der Spree noch einmal davor dringend warnen, weiter mit dem Feuer zu spielen.

Damit ist das Bild so ziemlich vollständig. Herr Heinze hatte die „zwanglose“ Besprechung angeregt und hinzugefügt, daß er am Abend wieder abreisen werde. Nachdem er abgereist war, hat man sich zu dieser Besprechung bereiterklärt — nur leider war er eben nicht mehr da. Man hat ihn eben im wirklichen wie im übertragenen Sinn des Wortes abfahren lassen, nachdem man sich zuvor den Scherz erlaubt hatte, gegen eine offizielle Besprechung „verfassungsrechtliche Bedenken“ geltend zu machen. Daß ein Bevollmächtigter der Reichsregierung an einer bayerischen Ministerkonferenz teilnimmt, dagegen bestehen verfassungsrechtliche Bedenken, aber dagegen, daß sich Bayern aus der ganzen Reichsverfassung einen Zug macht, bestehen solche Bedenken nicht.

Der Vorfall gibt Anlaß, über die gepriesene „Homogenität“ nachzudenken, wie sie die bürgerlichen Parteien zwischen dem Reich und Preußen herbeiführen wollen. Die Reichsregierung und die bayerische Regierung sind parteimäßig ganz ähnlich zusammengesetzt, also beinahe „homogen“. Man sieht, wie reizend sich das Verhältnis zwischen ihnen gestalten hat!

Sozialdemokratie und Preußenregierung.

Die Sitzung der sozialdemokratischen Landtagsfraktion, die sich gestern mit der preußischen Regierungsfrage beschäftigte, war nur kurz. Genosse Siering berichtete über die bisher geführten Verhandlungen und kam zu dem Ergebnis, daß diese keinen Anlaß gäben, von dem früher gefassten Beschluß, nicht mit der Volkspartei in die Regierung zu gehen, sondern an der alten Koalition festzuhalten, abzuweichen. Die Fraktion schloß sich dem einstimmig und ohne Debatte an, da bisher keine neuen Tatsachen gegeben seien, die zu einer erneuten Aussprache Anlaß geben könnten.

Kein Standrecht!

Berlin, 5. April. (W.B.) Zu den heute in der Presse aufgetauchten Meldungen, es seien in Schraplau Auffständische standrechtlich erschossen worden, wird bemerkt, daß nirgends Standgerichte eingesetzt sind. Bei den Kämpfen der Schutzpolizei mit den Auffständischen in Schraplau am 2. Osterfeiertag sind fünf Auffständische während der Kampfhandlungen gefallen. Eine standrechtliche Erschießung von Leuten hat weder hier noch in den Reuma-Werken, wie gestern die „Kote Nahue“ fälschlich behauptet hat, stattgefunden.

Der Magdeburger Kommunistenprozess.

Magdeburg, 5. April. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“.) Vor dem außerordentlichen Gericht beim Reichswehrgruppenkommando I Berlin begann in Magdeburg der Prozess gegen 26 Kommunisten aus Stendal und Magdeburg, von denen die Anklage behauptet, daß sie sich mit der Bildung militärischer Organisationen beschäftigt hätten. Fast alle Angeklagten sind unbestraft. Der Verteidiger Rechtsanwalt Weinberg-Berlin bestritt die Gültigkeit der Verordnung des Reichspräsidenten auf Errichtung von Ausnahmegerichten. Die Angeklagten erkennen das Gericht nicht als einen nach Gesetz und Recht zuständigen Gerichtshof an, da dieser

Utopien von heute.

Wir leben heute in einer Zeit der Enttäuschungen. Die Zeitsele sucht im uralten Meer der Irrtümer nach den Inseln der Wahrheit, aber haltlos und ohne festen Pol pendelt sie im Chaos der Verwirrung umher. Dort liegt die Insel des gefundenen, verbrüdernden Menschentums mit der erlösenden Kraft der wertvollen Arbeit, aber ihr Blinkfeuer lodt nur erst die Vielzweigen in den reitenden Hosen. Irrlichter gaukeln Verheißungen vor, man steuert trügerischen Inseln zu, man versucht's mit der Physik, mit kulturfeindlichem „Naturismus“, mit entwicklungshemmender Idealwissenschaft und Träumerei oder auch mit dem Furor zergewaltigender Himmelsstürmerei, die mit den Hebeln der Technik und Chemie die Welt aus den Angeln heben und auf rein wissenschaftlichem Wege der Menschheit das Glück bringen will.

Der Nährboden für Utopien ist geschaffen, kein Wunder, daß die Literatur zeitpfeilgleich auch hier phantastisch ausschlägt wie sie sich andererseits transzendental verrennt. Drei Romane liegen vor uns: „Der Stern von Afrika“ von Bruno J. Bürgel (Verlag Wulfen u. Co., Berlin); „Die Feuerseelen“ von Ann Haxar (Verlag Rich. Bong, Stuttgart); „Ein Messias“ von Roland Betsch (Verlag Egon Fleischel u. Co., Berlin), die einer wie der andere phantastische Zukunftsgeschichte beschwören, die den alten Herne und weiland Bellamys utopische Schilderung des Jahres 2000 an Erklärlichkeit weit in den Schatten stellen. Und doch, dort waren es heilsame und wünschenswerte Fortschritte und Einrichtungen, die ein phantastischer Kopf erfunden, hier treiben unheilvolle Ausgeburtens aktionstrunkener Gehirne ihr zerstörerisches Wesen, ihre Zukunftswelt entfendet mit ihrer maschinellen physischen Enttötung der Natur und der kosmischen Lebensprozesse Tod und Verderben. Verloren sich unsere Phantasien und Utopisten vom Schiager der Berne und Bellamys in verlockenden Glückseligkeitswelten, so tragen die vorliegenden Bücher eine gegenläufige Tendenz; sie wollen warnend zerföhren! Den Bahn nämlich, daß das Nur-Nützliche, jene Großtaten der Ingenieure und Chemiker, die die Zeugungsraft der Natur kassieren und an ihren Flehen das Laboratorium und Konstitutionen aus Stahl und Eisen sehen wollen, jemals der Menschheit das Heil zu bringen vermöchten.

Sie fliegen mit ausschweifender Verlebensdingung unbegrenzter Möglichkeiten in das Jahr 3000, die „Kultur“ hat ihren Höchstgrad erreicht. Die Köpfe sind mit Problemen geladen, und unter Höchstspannung der Nerven ist der Mensch nur noch Gehirn. Uebermensch im cerebralen Sinne, verkümmert dagegen an Leib und Gemüt. Seelische Provinzen gibt es nicht in dieser Welt technischer Wunder, die Elemente sind überwunden durch den Triumph vieltausendjähriger Intelligenz. Die Welt der Scholle, die grüne

eine verkappte Militärjustiz darstellt. Der Gerichtshof erklärte sich jedoch für zuständig, da er sich nicht als Ausnahme, sondern als Sondergericht betrachte.

Die Angeklagten sollen in verschiedenen Versammlungen und Besprechungen die Grundlagen zu militärischen Formationen wie Stoßtruppen und Terroristenbataillone geschaffen haben, Kampagnen- und Gruppenführer ernannt und Kampfbezirke eingeteilt, also die

Aufstellung einer Roten Armee

vorgenommen und Angriffspläne erörtert zu haben. Der Hauptangeklagte Jacobs-Stendol erklärte dagegen, daß es sich bei der ganzen Angelegenheit nicht um militärische, sondern um Parteisache handle. In den Konferenzen wurde der Aufbau der neuen Parteiorganisation und sonstige organisatorische Maßnahmen, wie die Bildung von Gruppen für die Landagitation erörtert. Die Gefahr eines Rechtspruches wurde auf Grund eines Artikels im „Klassenkampf“ über Vorbereitungen der Königs- und der Orgesch für einen Aufstand eingehend erörtert. Der kommunistische Landtagsabg. Böttge-Berndt habe mitgeteilt, daß die Orgesch in der Provinz Sachsen bereit zum Losschlagen sei. Gegen die hochverräterischen Absichten sollte eine proletarische Abwehrorganisation geschaffen und die Waffenslager der Orgesch aufgestöbert werden. Die Funktionäre wurden dahin informiert, sich bereit zu halten für den Fall, daß der Plan der Reaktionsäre zur Ausführung käme. Der mitangeklagte Albert Vater-Magdeburg, „Privatmann“ von Beruf, sagte, daß in seiner Gegenwart in keiner Sitzung über militärische Angelegenheiten gesprochen worden sei. Eine kommunistische Kampforganisation existiere im Bezirk Magdeburg-Anhalt bestimmt nicht. Die anderen Angeklagten sagten in ähnlichem Sinne aus. Im Falle eines Rechtspruches sollte jeder kommunistische Parteifunktionär eine feiner Stellung in der Organisation entsprechende militärische Funktion übernehmen. In den Aussagen spielte auch ein „Kommunist“ Roth eine Rolle, der sich stets sehr wichtig herorgelassen hat, obwohl er erst im Januar der W.P.D. beigetreten ist. Er soll in den Sitzungen zu Gewalttätigkeiten aufgefordert, sich als Führer der Roten Armee im Rheinland aufgestellt und sich erboten haben, Dynamit zu Brückensprengungen beschaffen zu wollen.

Es scheint also, als ob auch hier wieder ein Lockspiegel seine Hand im Spiele gehabt hat. Roth tritt als Hauptbelastungszeuge auf, soll aber augenblicklich verschwunden sein. Für den Prozess sind vier Verhandlungstage vorgesehen.

Zu viel Pressefreiheit!

Dussongs Blatt gegen publizistische Heher.

Eine Woche lang hat sich der schwarze „Tag“ (vereinigt mit der „Post“) über seine Beschlagnahme wegen des Dussongschen Separatistens Beiwert. Jeden Tag haben seine reaktionären Begehren beteuert, daß in ihnen das heilige Palladium der Pressefreiheit verletzt worden sei. Am Dienstagabend hat man sich eines anderen besonnen. Da beschwert sich dieselbe reaktionäre Kompagnie über die preussische Regierung, weil sie — zu viel Pressefreiheit gewähre. Man höre und staune:

Die Regierung gönnt den publizistischen Hehern Pressefreiheit und erweist dadurch bei dem urteillosen, jetzt in seine Schlußwinkel zurückgekehrten Wesen die die Vorstellung, daß es die Hoffnung nicht aufzugeben brauche und bei der nächsten Gelegenheit den fallengelassenen Faden wieder aufnehmen könne.

Wenn das Blatt des Herrn Dussong der Ansicht ist, daß publizistische Heher — zu denen Herr Dussong doch in erster Linie gehört — in Preußen zu viel Pressefreiheit genießen — was hat es dann eigentlich gegen seine Beschlagnahme einzuwenden? Wir nehmen zur Kenntnis, daß „Tag“-„Post“ härteste Maßnahmen gegen sich selber empfiehlt. Das Blatt möge sich dann aber nicht beschweren, wenn seinem Wunsch Rechnung getragen wird.

Staatsratswahlen in Schlesien.

Breslau, 5. April. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“.) Im niederschlesischen Provinziallandtag fanden heute die Wahlen zum Preussischen Staatsrat statt. Gewählt wurden drei Sozialdemokraten und drei Bürgerliche. Von den Sozialdemokraten sind Genosse Paul Voëbe, der Reichstagspräsident, Genosse Dietrich, Landrat in Sprottau, der frühere Führer der schlesischen Holzarbeiter, und der Universitätsprofessor Genosse Dr. Fuchs, Breslau, gewählt. Die drei Bürgerlichen sind Dr. Graf Kaiserling

und blühende Erde ist eine Legende ferner Vergangenheit, man zieht Kleidung und Nahrung aus der Luft, der Sauerstoffmangel steht als drohendes Vernichtungsgespinnst neben allen diesen Errungenschaften gesteigerter Kultur, Sauerstoffpumpen arbeiten Tag und Nacht und im Fieberrausch künstlichen Lebens und künstlicher Nützlichkeitsexperimente erwürgt der hypnotische Wille dieser Leistungsmenschen, die gleichwohl für eine ununterbrochene Arbeitszeit von 3 Stunden körperlich nicht mehr die Kraft haben, das Herz, die Liebe, die Sehnsucht, den Frieden des Heims, das Seelische, das Glück. Diese immer motorisch bewegten Gehirne können nur noch technisch und chemisch denken, gehegte Lebewesen mit embryonalem Körper und den Köpfen von Kürbisgröße, unfähig zum Gehen, an das Latins gebannt, das ihnen zur Vorwärtsbewegung dient, ewig vor dem Kurzschluß zitternd, der ihre ganze von Menschenwitz geschaffene Kultur auslöscht. Denn, wie in Bürgels Roman vom „Stern von Afrika“, schützt kein Mittel die Erde vor dem Erkalten, wenn eine kosmische Staubwolke die Sonne undurchdringlich einhüllt und jenes Luftschiff der Zukunft, das die Reise nach dem Mond antreten will, um sich von dort Anleitungen zur Verhütung des Menschenunterganges zu holen, wird ewig zerföhren an dem höheren Willen der stärkeren Natur. Und jene Weltstadt Nr. 15 wird immer zugrunde gehen, darin die Sachmenschheit über die Materie zu werden vermeint, wenn der Sauerstoff der Luft erschöpft ist und die „Feuerseelen“ (Roman von Ann Haxar) hervorgerufen und Jagd auf die Menschen machen. Und wenn jener aus dem Gedröhn der Besemerbirnen und der Hochsensivität hervor kommende Erfolgsmensch, der die lebenszerstörenden T-Strahlen „erzeugt“, aber dem Feind dieses Experiments, der Schutzgasse, nicht beikommen kann, sich ein Messias dünkt (Roman von R. Betsch), so muß er doch am Ende erkennen, daß alles eitel Bahn war und das einzig Wahre die Welt ist, die sich der Mensch im Inneren baut.

So laufen alle drei Romane vom Utopia der Zukunft in die Erkenntnis aus, daß eine Welt nur realer Werte arm bleibt, daß alle schöpferische Energie in Stahl und Eisen, in chemischen Stoffen und Strahlen die ewigen Werke nützlichkeit Fremder Künstler nicht ersetzen kann, daß ein Columbus der Sternenträume, der in die groven Fernen geheimnisvoller Wunder einbringen will, wie mit seiner Maschine äußerlich, auch innerlich zerföhrt, wenn ihm die Liebe und ein glühendes Herz für das Menschliche oder auch das Göttliche fehlt. Denn alle sind vom lebenden Strom abgeschnitten, die Dinge müssen wessen, die Herzen verarmen, das Innere bleibt leer, vom letzten, höchsten Ziel ausgeschlossen, wenn die Beglückung durch die Natur und durch die Liebe das Dasein nicht durchsonnt und neben dem Nur-Nützlichen das Schöne, das Wärmende, das Lebendige fehlt.

Die Bücher werden manchen von seinem Kulturwahn befreien.

(Dnall), Gertz (Op.) und Rals (Z.). Ein Postenblei führten die beiden Kommunisten auf. Der Rechtsanwalt Simon hatte sich schriftlich bereit erklärt, die beiden kommunistischen Stimryn für die Sozialdemokraten abzugeben, falls dafür er selber zum Mitglied des Staatsrats gewählt werden würde und falls die Sozialdemokraten eine Politik auf dem Boden des Erfurter Programms (?) treiben würden. Selbstverständlich wurde dieses Anerbieten abgelehnt, worauf die beiden Kommunisten sich an der Staatsratswahl nicht beteiligten, deren Ergebnis dadurch nicht im geringsten verändert wurde.

Aufruf.

Der Internationale Bund der Kriegsoffer (Deutsche Sektion) fordert kürzlich in einem Aufruf die Organisationen der französischen, englischen und italienischen Kriegsteilnehmer auf, ihren Einfluß geltend zu machen für die Freilassung der in Frankreich wegen Straftaten zurückgehaltenen deutschen Kriegsteilnehmer. Die italienischen und französischen Bruderorganisationen sind dieser Aufforderung nachgekommen und haben unseren Aufruf an sie in ihrer Presse veröffentlicht. Um weitere Schritte unternehmen zu können, fordern sie von uns Namen, Adressen und weiteres Material über die zurückgehaltenen Gefangenen. Deshalb fordern wir alle Angehörigen dieser Kriegsgefangenen auf, uns umgehend alle zweckdienlichen Mitteilungen zugehen zu lassen.

Die deutsche Presse wird um Abdruck dieses Aufrufes ersucht. Internationaler Bund der Kriegsoffer. Geschäftsstelle Berlin SO. 16, Brückenstr. 6a.

Ententejustiz!

Oppeln, 5. April. (W.B.) Vor dem Interalliierten Sondergerichtshof in Oppeln fand heute der Prozess gegen die vier veranwortlichen Redakteure deutscher Zeitungen in Oberschlesien statt, die Meldungen über die angebliche Schließung der Warschauer Börse veröffentlicht hatten und dafür schon durch längeres Verbot bestraft worden waren. Der Gerichtshof verurteilte die Angeklagten zu 5000 M. Geldstrafe und zu Gefängnisstrafen von 8 bis 15 Tagen.

Der Prinz und die Gerichte.

Eine Gerichtskorrespondenz berichtet: In dem von dem preussischen Finanzministerium gegen den Prinzen Leopold (Water) angehängten Entmündigungsverfahren wegen Geisteschwäche hat der Finanzminister, nachdem sein Antrag auf Entmündigung in den ersten beiden Instanzen zurückgewiesen war, nunmehr die letzte Instanz angerufen und durch den Oberstaatsanwalt in Potsdam gegen die Entscheidung des Landgerichts weitere Beschwerde beim Kammergericht einlegen lassen. Das Finanzministerium erblickt den Beschwerdegund darin, daß, wenn auch seine bisherigen Beweisanträge einen Anhalt für eine Geisteschwäche des Prinzen nicht erbracht hätten, das Landgericht doch von Amts wegen weitere Beweise nach dieser Richtung hätte erheben müssen. — Inzwischen ist auch das vom Finanzminister gegen den Prinzen anhängig gemachte Strafverfahren beendet worden. Der Finanzminister hatte gegen den Prinzen Strafanktrag gestellt, weil zwei Kisten Gebrauchsilber aus dem Jagdschlösschen Klein-Glieniede nach Lugano auf den Weg gebracht waren. Auf Veranlassung des Ministers wurden die Kisten auf dem Transport in München beschlagnahmt und seitens des Oberstaatsanwalts in Potsdam umfangreiche Ermittlungen eingeleitet. Auch das preussische Justizministerium ist mit der Sache befaßt worden. Im Einvernehmen mit dem Justizministerium ist der Oberstaatsanwalt in Potsdam zu der Feststellung gelangt, daß weder ein Verstoß gegen das Kapitalfluchtgesetz, noch ein sonstiges Vergehen ersichtlich sei und hat demgemäß durch Verfügung vom 26. März d. J. das Verfahren eingestellt und die Beschlagnahme aufgehoben.

Sturmjungen im sächsischen Landtag veranlaßte der Kommunist Sievert, der in einer Gesundheitsberatungsdebatte den Ruf zur Sprache bringen wollte. Nachdem ihm der Präsident den Wort zugezogen hatte, sprach er unter ungeheurem Lärm weiter. Schließlich verließen die Kommunisten den Saal. Vorher hatten sie einen Antrag eingebracht, in dem die Freilassung aller Verhafteten in Sachsen und im ganzen Reich verlangt wird.

Max und Karl.

Der Hölz ist da, der Hölz ist weg — bei Scherl kommt niemand aus dem Schred.

Der Bomben-Max aus Sachsenland, in allem hat er seine Hand.

Behender hüpf er wie ein Floh, man sieht ihn immer irgendwo.

Versechsfacht hat sich schier der Lump — schläg ein Gewitter ihn in Klump!

Ist er vielleicht nur ein Prinzip, ein Schattenriß, ein Halb-den-Dieb?

Die Rappgemeinde brüllt enorm, wie heißt? Ist er euch nicht konform?

Er hat sogar ab diesem Ost Den Karl in Ungarn fast verpaßt.

Obwohl der Herrscher angestammt, ward ihm nicht einmal telegrammt.

Wo blieb denn nur die Sympathie für Fürstenrecht und Monarchie?

Denkt keiner an den eignen Herr? Ihr „restaurierter“ ihn doch gern.

Mit Hölzmannieren, Hölzgewalt, Die Hölz würde niemals kalt.

Ob Karl, ob Max, Dnat.-Partei — das ist doch schließlich einerlei.

Griboilin.

Mähnenchronik. Carl Deebig von der Wiener Staatsoper, der im Deutschen Opernhaus aufzutreten sollte, wurde wegen Indisposition sein Gespille auf einen früheren Termin verschoben. Das Repertoire für Freitag und Sonntag, „Welterlänger“ und „Lobengrün“, bleibt unverändert.

Die ersten Lebensmunde. Carl Verlags Drama, das an den Hauptburger Kammertheater und im Berliner Staatstheater aufgeführt wird, ist als Buch im Paul-Collins-Verlag erschienen.

Heber die bevorstehende Sonnenkulturreise (am Freitag) 1900. Der Herr Dr. Arvinkovich in der Stadtburg am Potsdamer Platz, behauptet, daß die Erde und die Sonne ein und dasselbe seien, hatten vorher bei Weisheit und in der Repton-Sternkarte.

Wassil Silberbrands letztes Werk war ein Romanentwurf für die Zeit, der im weltlichen festgelegt ist. Mit einem großen Schicksal, auf dem Berg Helms, weinlaubegeheim, mit dem und dem. Genoss, logen und Herr herrlich, thronbesteigter Kaiserthron, von dem sie die 30. Jahrhundert Hölzler je eine aufrichtig. Gerechtigkeit kann das ganz gebaute Werk vollendet werden.

Ein Gramm Radium als Ehrengabe. Frau Curie, die Entdeckerin des Radiums, wird auf ihrer Amerikareise von Präsident Harding empfangen werden und im Anschluß daran ein Gramm Radium überreicht erhalten als Geschenk amerikanischer Frauen.

Anträgeauskehr in der Stadtverordnetenversammlung.

Für den 6-Uhr-Ladenschluß. — Kommunistische Straßenumtauf.

Die Stadtverordnetenversammlung hatte gestern eine außerordentliche Sitzung, in der über die seit langem aufgeschobenen Anträge beraten werden sollte.

Sitzungsbericht.

Für die aus der Versammlung ausgeschiedenen Mitglieder Frau Deutsch und Dr. Schneider (Dnat.) und Esders (Zentr.) sind eingetretene Oberreichsanwalt a. D. Deseffen und Wirtl. Sch. Rat Dr. Röchner (Dnat.) und Obersekretär Bunde (Zentr.).

Vor der Tagesordnung bringt Gabel (Komm.) zur Sprache, daß am vorigen Donnerstag nach der Sitzung Sitzungspolizei das Rathaus verlassen habe und fragte, ob Stadtrat Wege auch heute die Stürze haben werde, zu behaupten, daß „an dem ganzen Gerede kein Wort wahr“ sei.

Der am 2. Dezember 1920 eingebrachte Antrag der Kommunisten, ab 15. Dezember 1920

die Entschädigung für die Besitzer der Gewerbegebiete auf 20 M. für jede Sitzung festzusetzen, wird mit dem Zusatzantrag der Deutschnationalen, auch die Kaufmannsgerichtsbesitzer ebenso hoch zu entschädigen, der Ausschuhberatung übermiesen, dort wird auch die von Brückner (Soz.) erhobene Forderung geprüft werden, ob auch die Besitzer der Berufsberatung, der Rechtsanwaltsämter und aller dieser gerichtswirtschaftlichen Behörden entsprechend entschädigt werden sollen.

Am 21. Dezember 1920 beantragten Gabel, Dür und Gen. (Komm.), den Magistrat zu ersuchen, Mittel bereit zu halten, um allen Volk- und Fortbildungsschülern die Lernmittel unentgeltlich zu liefern, sowie für die Beschaffung und Verteilung der Lehr- und Lernmittel eine Zentralstelle einzurichten.

In der ausgedehnten Debatte macht Soh (U. Soz.) darauf aufmerksam, daß der letztere Antrag sich erledigt habe, da das Verbot nur bis zum 1. April galt. Der Hauptantrag geht schließlich an einen Ausschuh.

Der von Dr. Richards begründete Antrag der Demokraten, vom Magistrat alles auf die Beurlaubung oder Suspendierung oder den Rücktritt der veranwortlichen Direktoren der städtischen Werke bezügliche Material vorgelegt zu erhalten und Auskunft zu verlangen, was geschehen ist, um solche verhängnisvollen Störungen der Verwaltung zu verhindern und die ordnungs- und verfassungsmäßige Führung der Geschäfte dieser Betriebsverwaltungen sicherzustellen, wird von Soh (Komm.) und Dettmer (U. Soz.) bekämpft und gegen die bürgerlichen Fraktionen abgelehnt.

Vom 8. Februar datiert der Antrag der U. Soz., den Magistrat um die einleitenden Schritte zur Herbeiführung des

6-Uhr-Ladenschlusses

zu ersuchen. In umfangreicher Darlegung empfiehlt ihn Bruno (U. Soz.); in der Besprechung tritt ihm Brückner (Soz.) bei, während Schwien (D. Sp.) und Linke (Dnat.) ihn heftig befehdeten und das Interesse der Hausfrauen wie des gesamten Kleinhandelsstandes gegen ihn ins Feld führen.

Mit den Stimmen der Soz., U. Soz. und Komm. gelangt der Antrag Besz zur Annahme.

Es folgt der Antrag der Kommunisten vom 24. Februar, den Magistrat zu ersuchen, schnellstens eine

Änderung der Namen von Straßen und Plätzen

nanzunehmen, deren Bezeichnung an das alte militaristische-monarchistische System erinnern.

Unter großer Unruhe und vielfachem Widerspruch der Rechten wünscht Gabel, die betreffenden Namen sollten durch der neuzeitlichen Entwicklung angebrachte, wie Bebel, Singer, Rosa Luxemburg usw. ersetzt werden.

Stadtbaurat Hahn: Nicht der Magistrat, sondern das Volkspräsidium ist für die Straßenbenennung zuständig. Der Magistrat trägt kein Bedenken, die von den Bezirksämtern ausgehenden Vorschläge befürwortend weiter zu geben. (Große Unruhe rechts.) Strohnennamen wie Friedrichstraße sollte man ohne Not nicht ändern. v. Cunern (D. Sp.): Der Berliner soll und muß doch wissen, wer diese Stadt geschaffen hat. Reichen Sie die Schilder ruhig ab, die Häuser und die Straßen und die Plätze bleiben, und sie erzählen, welches Geschlecht von Fürsten, Königen und Kaisern hier gewirkt hat.

R. John (U. Soz.) ruft durch seine Darlegungen zugunsten des Antrags ebenfalls Stürme des Unwillens auf der Rechten hervor; Schütz (Dnat.) stößt mit seiner Glorifizierung der Verdienste der Hohenzollern bei U. Soz. und Komm. auf heftigen Widerspruch.

Frank (Soz.): Wir haben nie zu den Widerstürmern gehört und hätten nur schwer dem ursprünglichen Antrag zustimmen können. Es wird sich empfehlen.

für Neubenennungen neuzeitlichen Namen

den Vorschlag zu geben; auch die Befreiung der mehrfach vorkommenden Namen in der neuen Stadtgemeinde sollte in Angriff genommen werden. Im übrigen wird Ausschuhberatung Klarheit zu schaffen haben.

Dove (Dem.) Wir halten den Antrag für eine bloße Demonstration und werden gegen ihn stimmen.

Zu tobendem Lärm und stürmischen Phutrufen auf der Rechten kommt es beim Schlusswort des Antragstellers Gabel, besonders als er auf einen Zusatz von rechts eine Bemerkung macht, die dem Sinne nach dahin geht, daß die Herren wohl zu denen gehören, die Leute bringen, um Denkmäler in die Luft zu sprengen.

Der Vorkämpfer ruft den Redner für diesen Ausdruck zur Ordnung.

Der Antrag geht an einen Ausschuh. Schluß nach 110 Uhr.

Der Aufbau des technischen Groß-Berlin.

Beurlaubung unter den städtischen Angestellten.

Wir haben über die vom Oberbürgermeister vollzogene Beurlaubung des Vorstehers in den städtischen Deputationen berichtet. Im Zusammenhang damit wurde von einigen Seiten der Schwerpunkt der Neuregelung darin gesehen, daß Stadtbaurat Horten, der bisher die Leitung des Dezernats Werke und Kohle hatte, nunmehr lediglich auf das Maschinendezernat beschränkt werden soll. Die durch diese Pressenmeldung veranlaßte Beurlaubung der städtischen Be-

amten, Angestellten und Arbeiter veranlaßte die zuständigen Organisationen beim Oberbürgermeister Dr. Böß vorstellig zu werden.

Es fand gestern eine Besprechung statt, an der der Vorsitzende des Bundes der technischen Angestellten und Beamten, Ingenieur Heintze, der Bevollmächtigte der Ortsverwaltung Berlin des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter, Bogdanoff, und der Vorsitzende des Ortsausschusses der freigewerkschaftlichen Arbeitsgemeinschaft kommunaler Arbeitnehmerverbände (Faka), Tombrink, und außerdem der Geschäftsführer des Reichsausschusses der „Faka“, Händler, und der Vorsitzende des Kfa-Bundes, Reichstagsabgeordneter Aufhäuser, teilnahmen. Am Laufe der Besprechungen erklärte der Oberbürgermeister, daß die durch die Presse verbreitete Information nur teilweise zuträfe und daß durch die Beurlaubung des Vorstehers der Deputationen zunächst die Organisation der betreffenden Werke in keiner Weise berührt werde, es vielmehr Sache der zuständigen Körperschaft sein müsse, erst zu diesen Fragen Stellung zu nehmen. Dem gegenüber wiesen die Arbeitnehmervertreter darauf hin, daß nach ihrer Auffassung bei der geplanten Neuregelung tatsächlich die technische Oberleitung des Dezernats für Werke und Kohle befristet werde und die Direktoren der Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke wiederum ohne jede einheitliche Leitung nebeneinander arbeiten würden. Es sei nicht zu veranworten, daß drei Nachschleute den Dezernaten Gas, Wasser und Elektrizität vorständen. Durch weitere Erklärungen des Oberbürgermeisters zu allen diesen Fragen, insbesondere hinsichtlich der Sicherung des technischen Einflusses auf die Verwaltung, zeigten sich die Arbeitnehmervertreter nicht befriedigt. Es ist deshalb, wie der Bund der technischen Angestellten und Beamten mitteilt, in nächster Zeit in dieser Frage mit einer gewerkschaftlichen Aktion zu rechnen, die von allen in den städtischen Betrieben vertretenen Verbänden der Arbeiter, Angestellten und Beamten getragen werden soll.

Heim Lichtenrade.

Ein „Zuhause“ für arbeitsfähige Geisteschwache.

Das Jugendamt eröffnet nach Zustimmung der städtischen Behörden und Bewilligung der notwendigen Mittel in Lichtenrade ein Heim für arbeitsfähige geistig schwache Jünglinge und junge Männer, die in der Öffentlichkeit nicht oder nur sehr schwer erwerbsfähig werden. Ein vom Erziehungs- und Fürsorgereisen seit vielen Jahren unermüdet erstrebtes Ziel ist damit erreicht. Viele Eltern solcher Kinder werden voll Dankes die drückendste Sorge wegen Zukunft und späteren Ergehens ihres Kindes schwinden sehen, haben doch schon viele Eltern wider besseres Empfinden und Willen ihr arbeitsfähiges und durchaus nicht geisteskrankes Kind der Irrenanstalt überweisen müssen, weil keine andere Unterbringungsmöglichkeit vorhanden war. Das Jugendamt will das ersehende Heim nicht schablonenmäßig aufbauen, sondern es seinen Bedürfnissen entsprechend ausgestalten lassen. Es ist als Heim gedacht, das den jungen Menschen das „Zuhause“ möglichst ersetzen soll, und als Arbeitsgemeinschaft, deren Ertrag zur teilweisen Deckung der Kosten Verwendung finden wird. Heimliche Familienstimmung und fleißige, den Kräften angepasste Betätigung für die Gemeinschaft sollen in diesem Heim herrschen. Das Jugendamt ist bemüht, das für die Zwecke geeignete Personal ausfindig zu machen. Die jungen Leute werden mit Gartenarbeit, Gemüsebau, Obstbau, Viehwirtschaft und leichter handgewerblicher Tätigkeit beschäftigt werden. Es werden völlig Bedürftige unentgeltlich, Wahlhabende gegen Zahlung eines Verpflegungsjahres Aufnahme finden. Auch die Möglichkeit eines Einkaufs auf Lebenszeit wird voraussichtlich gegeben sein. Meldungen sind schriftlich an das Jugendfürsorgeamt, Berlin SW. 68, Dranienstr. 80, zu richten.

Achtung, Funktionärinnen!

Die für Mittwoch, den 6. April, abends 6 1/2 Uhr, in der Schulaula Steinstr. 32/34 angelegte allgemeine Konferenz findet bestimmt statt, nachdem festgestellt, daß die Straßenbahnen am Mittwoch fahren werden. Referentinnen sind die Genossinnen Marie Juchacz, M. d. R. und Klara Bohm-Schuch, M. d. R. Volljähriges Erscheinen wird erwartet.

Stine Menschenkind.

II. Mütterchen.

Von Martin Andersen Nexö.

„Haus hun pielen, haus hun pielen!“ wiederholte er in einem fort.

„Er will hinaus zum Spielen,“ sagte Stine und sah den Vater fragend an.

„Dann ist er vielleicht schon munterer,“ rief Vars Peter belebt. „Dah ihn nur selber bestimmen.“

Stine zog ihn an, aber er ließ sich hängen wie eine wolle Wanne, und sie mußte ihn wieder auskleiden.

„Soll ich nicht zu Vars Jensens Witwe hinüberlaufen?“ fragte sie. „Sie versteht so viel von Krankheit.“

Nein, Vars Peter war anderer Ansicht; er wollte lieber einen richtigen Doktor zu Rate ziehen. „Sobald Christian aus der Schule nach Hause kommt, kann er nach dem Krug laufen und bitten, daß der große Klaus angelassen wird,“ sagte er. „Wenn's sich um eine Krankheit handelt, können sie uns das Fuhrwerk wohl nicht vorenthalten.“

Christian bekam das Fuhrwerk nicht; dagegen folgte ihm der Krugwirt auf den Fersen. Ohne anzuklopfen, kam er in die Stube, wie er's immer machte.

„Ich höre, euer kleiner Junge ist krank,“ sagte er freundlich, „und da hab' ich's gewissermaßen für meine Pflicht gehalten, zu euch zu gehen, um euch vielleicht ein Trostwort zu sagen. Ich hab' etwas in dieser Hinsicht hier mitgebracht, das müßt ihr ihm sündlich eingeben. Es ist unter Gebeten gemischt worden, also Schaden kann es auf keinen Fall. Und dann müßt ihr ihn gut eingepackt halten.“ Er beugte sich über das Bett und horchte auf die Atemzüge des Kleinen; Pauls Augen waren starr vor Schreck.

„Es ist das Beste, wenn du vom Bett weggehst,“ sagte Vars Peter. „Du siehst doch wohl, daß der Junge Angst vor dir hat.“ Seine Stimme bebte vor verhaltenem Zorn.

„So viele haben Angst vor mir,“ erwiderte der Krugwirt und rückte bereitwillig vom Bett fort. „Und man lebt trotzdem und geht umher — und tut nach bestem Vermögen seine Pflicht. Wenn man dann sieht, wie ihr euch zum Danke davon schleicht, tröstet man sich damit, daß der liebe Gott wohl mit einem jeden von uns das Seine vorhat. Die Menschen haben vielleicht keinen Schaden davon, wenn etwas da ist, woor sie

sich fürchten, Vars Peter! Aber gib du ihm lieber die Migtur sofort!“

„Ich wollte lieber den Doktor kommen lassen,“ sagte Vars Peter und machte sich jögern daran, die Arznei in den Jungen hineinzuladen. Am liebsten hätte er sie zum Fenster hinausgeschleudert — und den Krugwirt hinterher!

„Ja, ich hab's wohl verstanden, aber ich dachte, ich wolle erst mit dir reden. Was kann der Doktor wohl ausrichten? Das kostet nur Geld und kann Gottes Absichten mit uns nicht verändern. Arme Leute sollten sparen lernen.“

„Versteht sich. Wenn man arm ist, soll man alles nehmen, wie's sich trifft!“ Vars Peter lachte bitter.

„Wir zu Hause holen nie den Doktor, will ich dir sagen, wir geben unser Leben in Gottes Hand. Ist es sein Wille, so —“

„Ich bin der Ansicht, daß vieles geschieht, das nicht Gottes Wille sein kann — auch hier im Dorf,“ sagte Vars Peter herausfordernd.

„Und ich sage dir: es wird nicht der kleinste Schellisch gefangen — auch hier im Dorf nicht — gegen den Willen Gottes des Vaters.“ Die Stimme des Krugwirts war sehr ernst; es klang, als redete die heilige Schrift selber. Aber er hatte einen Ausdruck in den Augen, der Vars Peter dennoch unsicher machte. Er empfand es als richtige Erleichterung, als der unheimliche Gast sich verabschiedete und die Dünen hinauf davonzog.

Stine kam die Treppe vom Speicher herab, sie hatte sich während des ganzen Besuches nicht sehen lassen. „Was zum Henker — reunst du und verdeckst dich vor dem Gespenst?“ rief Vars Peter; er hatte das Bedürfnis, seiner eigenen Bellohntheit ein bißchen Luft zu machen. Stine wurde rot und wandte das Gesicht ab.

Kurz darauf klopfte es an die Wand, es war die gelähmte Nachbarin; Stine ging hinein. Die Schwiegertochter war zu Hause und hatte heiße Zwillinge an der Brust. Sie war groß und beseitigt, die Brüste hingen an ihr wie zwei Säde.

„Ich hörte, daß er bei euch drin war,“ sagte die Alte. „Und ich hab' keine heuchlerischen Reden durch die Wand gehört. Nehmt euch in acht vor ihm!“

„Er war sehr freundlich,“ sagte Stine ausweichend. „Er hat Vater getröstet und für den kleinen Paul etwas mitgebracht.“

„So, er hat etwas mitgebracht? Gegen die Krankheit? Dann schütt' es in den Kinnstein, auf der Stelle, du! Da schadet es niemandem!“

„Aber Paul hat es schon bekommen.“

Die Alte schlug die Hände zusammen. „Jösses, jösses! Das arme Kind!“ jammerte sie. „Hat er vom Tod gesprochen? Denn hier im Dorf erzählt man sich, daß wir alle dem Krugwirt einen Tod schulden! — Nicht? Und auch nicht davon, daß er euch den Sarg liefern will? Er regelt sonst immer alles, er ist gut und hilfreich zu allen, denen etwas fehlt. Ja, dann hat er seine gute Stunde gehabt — vielleicht darf der Junge doch weiterleben.“

Stine brach in Tränen aus; sie fand, daß es verzweifelt um den kleinen Paul stand, wenn's vom Krugwirt abhängen sollte. Er war ja zornig auf die Familie, weil die Kleinen nicht in die Sonntagsschule geschickt wurden — vielleicht rächte er sich jetzt.

Aber zwei Tage später war Paulemann wieder oben auf und sprang umher, urlebendig wie immer; er war die Aufgeräumtheit selber, bis er sich auf einmal ausgegeben hatte und einschlief, wo er ging und stand. Vars Peter war über alle Sorgen hinweg und begann wieder, wie früher, mit Wohlbehagen vor sich hin zu brummen; und Stine trällerte beim Aufwachen und verfolgte das Treiben des kleinen Burschen mit mütterlichen Blicken. Aber um's nicht wieder verkehrt zu machen, schickte sie von jetzt an die Kinder in die Sonntagsschule.

13. Stine wird eingeseget.

Stine sollte zum Herbst eingeseget werden; aber es fiel ihr schwer, alle die Kirchenliederverse und Stellen der heiligen Schrift auswendig zu lernen, wie es der Pfarrer verlangte. Sie fand keine rechte Zeit zum Studieren, und ihr kleines Gehirn hatte sich mit der Zeit auf ganz andere Dinge eingestellt als aufs Auswendiglernen; hatte sie endlich alles befragt und nahm sie die Lehrbücher vor, so wollte nichts haften bleiben.

Eines Tages kam sie weinend aus dem Vorbereitungsunterricht nach Hause. Der Pfarrer hatte erklärt, sie sei zu weit zurück und müsse bis zum nächstenmal warten; er wage es nicht, die Verantwortung zu übernehmen, sie dem Herrgott vorzuführen. Sie war in düsterer Verzweiflung. Es galt als große Schande, von der Konfirmation zurückgewiesen zu werden.

„Na, das soll also auch noch dazukommen!“ rief Vars Peter bitter. „Na, warum auch nicht, Leute wie wir sind eben vogelfrei. Wir müssen wohl noch obendrein froh sein, daß man uns überhaupt auf der Erde herumgehen läßt.“

„Aber ich bin ebenso weit wie die andern, es ist gar nicht gerecht,“ schluchzte Stine. (Fortf. folgt.)

Wirtschaft

Zum Wiederaufbau Nordfrankreichs.

In der nächsten Nummer der „Globe“ gibt Parvus eine Zusammenfassung der von ihm zum Wiederaufbauproblem gemachten praktischen Vorschläge. Die sechs Grundthesen, die er aufstellt, lauten:

1. Der Wiederaufbau geschieht am besten durch einen internationalen Konzern, der das Ganze der auszuführenden Arbeiten ins Auge faßt, einen Arbeitsplan entwirft und die Arbeiten auf die einzelne Industrie, sei es direkt oder auf dem Wege der Submission, verteilt.
2. Die Geschädigten in den zerstörten Gebieten werden nicht durch sofortige Geldüberweisungen, sondern durch Guthabeneinbezahlung, die nach Fertigstellung der Arbeiten eingelöst werden.
3. Deutschland bezahlt die Kosten des Wiederaufbaues der zerstörten Gebiete nach ihrem wirklichen jeweiligen Wert und bekommt die Guthabeneinbezahlung.
4. Um Deutschland die Möglichkeit zu geben, durch Sachleistungen und Arbeit seine Schuld abzutragen, soll der deutschen Industrie ein entsprechender Anteil an der Arbeit des Wiederaufbaues gewährt werden, sei es durch Aufnahme in den Wiederaufbaubaukonzerne oder auf dem Wege der freien Konkurrenz.
5. Die deutsche Industrie soll auf alle Fälle zum Zwecke des Wiederaufbaues zusammengefaßt werden. Der deutsche Staat kann sich daran beteiligen — durch Umwandlung des Reichsnotopfers in eine Kapitalbeteiligung, oder auf anderem Wege.
6. Wenn die Alliierten von Deutschland weitere Zahlungen erlangen bzw. sich einen Anteil an dessen Produktionsentwicklung sichern wollen, muß die deutsche Industrie auf eine breitere Basis gestellt werden. Die Möglichkeit dazu ist gegeben durch die großen Arbeiten des Wiederaufbaues im allgemeinen.

Das System des „Guthabens“ begründet Parvus folgendermaßen: „Die Alliierten haben die Entschädigungssumme für die Zerstörungen abgefaßt und verlangen von Deutschland, daß es diese Summe in Geld auszahle. Ob das ganze Kapital gleich ausgezahlt wird oder Annuitäten gezahlt werden, die kapitalisiert werden können, ändert nicht viel an der Sache. Um was es sich handelt, ist, daß auf diese Weise der Kapitalwert des Wiederaufbaues auf dem Geldmarkt kommt, noch bevor der Wiederaufbau selbst fertiggestellt ist. Es kommen also wieder Geldmassen auf den Markt ohne industrielle Gegenwert. Wo wieder eine gewaltige Geldüberflutung mit den bekannten unheimlichen Folgen des Kursrückganges und der Warenverwertung. Wenn die Kriegsschulden nicht existierende vergangene Werte repräsentieren, so die Entschädigungssumme Zukunftswerte, die in der Gegenwart nicht existieren, und beides wird sich vereinigen, um den Geldmarkt außer

Rand und Band zu bringen, während doch die Stabilisierung der Geldverhältnisse die wichtigste Voraussetzung des Wiederaufbaues ist. Eine wilde Spekulation wird einsehen, die alle Preise hochtreiben wird, die Arbeiten des Wiederaufbaues werden gestört werden, und die Geschädigten werden dabei noch dadurch zu kurz kommen, daß sie die Arbeiten teuer zu zahlen haben werden. Daß man Deutschland Goldzahlungen auferlegt, verbessert nicht die Sache, verschlimmert sie vielmehr. Denn dadurch wird ein neues Moment der Unsicherheit hineingebracht. Die deutschen Zahlungen variieren dann mit dem Kursstand, und sinkt der deutsche Kurs, kommen desto größere Massen deutscher Banknoten auf den Markt.

Schließlich und endlich wird Deutschland doch nur durch Sachleistungen und Arbeit zahlen, einerlei, ob es sie direkt liefert oder erst Geld umtauscht.

Darum ist es vor allem notwendig, daß die Geschädigten nicht in Geld, sondern in Anweisungen auf den Wiederaufbau ausgezahlt werden. Die Berechnung kann ja in Geld erfolgen, aber die Geschädigten sollen nicht Geld erhalten, sondern Guthabeneinbezahlung, die bei der Fertigstellung der Arbeiten eingelöst werden.

Der Vorgang würde sich in der Weise abspielen, daß der geschädigte Staat die Rechnungen des Wiederaufbaubaukonzerns bezahlt und damit die Guthabeneinbezahlung der einzelnen Geschädigten einfließt. Der geschädigte Staat präsentiert andererseits die Rechnungen des Konzerns an Deutschland, um von diesem entsprechend dessen Verpflichtungen die nötigen Zahlungen zu erlangen.

Wie soll aber die Umrechnung der Guthabeneinbezahlung auf den wirklichen Wert des Wiederaufbaues vor sich gehen? Es genügt, auf Grund der wichtigsten Schätzungspreise einen Index zu machen. Ein entsprechender Index wird dann für die wirklichen Kosten gemacht, und das Verhältnis der beiden ergibt das Verhältnis, zu dem die Guthabeneinbezahlung umgerechnet werden. Nehmen wir an, daß der Index der wirklichen Preise 80 ergibt, so wird der Umtausch der Guthabeneinbezahlung gegen die Rechnungen des Konzerns 100 zu 80 sein, d. h. für 800 000 Franken Rechnungen wird man eine Million Franken Guthabeneinbezahlung erhalten.

Die Guthabeneinbezahlung soll außerhalb des Kapitalverkehrs bleiben. Sie berechtigen nur zu Sachleistungen, werden nicht durch Geld abgelöst.

Die Einführung von Guthabeneinbezahlung wird der Spekulation in Entschädigungsforderungen einen Riegel vorschieben, die besonders für kleinere Interessenten verhängnisvoll werden könnte. Dagegen wird der rationelle Wiederaufbau der gesamten Bevölkerung lohnende Beschäftigung und Verdienst verschaffen.

Ein beigelegter schwerindustrieller Konflikt. Zwischen den beiden schwerindustriellen Konzernen Alsdner und Stumm war es zu einem Konflikt gekommen, als der Leibringer Hütten- und Berg-

werksverein (Alsdner), der seit langem die Aktienmehrheit des Halber Eisen- und Stahlwerks besitzt, mit diesem Werke eine Fusion eingehen wollte. Hatte doch auch die Stummgruppe einen erheblichen Teil des Aktienkapitals von Halber erworben und sie erlosb gegen diesen Zusammenschluß Einspruch. Jetzt hat diese Firma ihren Einspruch zurückgezogen.

Innerhalb der Verwaltung der Halber Eisen- und Stahlwerke A.-G. ist es zwischen der Alsdner- und der Stummgruppe zu einer Verständigung gekommen. Die Alsdnergruppe besitzt etwa 64 Proz., die Stummgruppe etwa 30 Proz. des Unternehmens. Die Fusion Halber-Leibringer dürfte demnächst durchgeführt werden.

Deutsche Fernlabelgesellschaft G. m. b. H. Im Anschluß an die seit 1912 im Bau begriffene Fernlabelverbindung von Berlin nach dem Rheinland, deren Vollendung in den nächsten Monaten zu erwarten ist, plant die Reichstelegraphenverwaltung die wichtigsten Sprech- und Telegraphenlinien des Fernverkehrs nach und nach, wie es die Finanzlage gestatten wird, in Kabel auszubauen. Damit für diesen Bau alle technischen Erfahrungen ausgenutzt und von Anfang an durch Vereinheitlichung der Ausführung größtmögliche Wirtschaftlichkeit und Leistungsfähigkeit erzielt werden können, ist beabsichtigt, die mit der Ausführung der Anlagen betrauten Kabelwerke unter Beteiligung des Reichs zu einer Gesellschaft zusammenzuschließen, die die Bezeichnung „Deutsche Fernlabelgesellschaft G. m. b. H. in Berlin“ führen wird. Außer der Firma Siemens u. Halske in Berlin, die bisher als einziges Werk Fernlabelanlagen für die Reichstelegraphenverwaltung gebaut hat, werden zunächst die Firma Kette u. Guilleaume in Köln-Mülheim und die Allgemeine Elektrizitätsgesellschaft in Berlin der Fernlabelgesellschaft beitreten. Je nach dem Umfang der zu vergebenden Lieferungen ist für später in Aussicht genommen, noch weitere deutsche Kabelwerke, deren Leistungsfähigkeit im Fernlabelbau erprobt ist, in die Gesellschaft aufzunehmen.

Eine Schiffsfahrtslinie Hamburg—Lettland. Unter dem Namen „Hamburg—Lettland-Linie“ wurde eine regelmäßige Dampferverbindung zwischen Hamburg und Riga eröffnet; es sind wöchentliche Abfahrten von Hamburg wie von Riga vorgesehen.

Aus der Partei.

Von der DAPD. zur SPD. Nach uns vom Reigener Parteiblatt zugegangenen Mitteilungen sind in Groh-Hardmanns-dorf eine große Anzahl Mitglieder der DAPD. unter Führung ihres 1. Vorsitzenden zur SPD. übergetreten. Ihnen werden überall jene folgen, die endlich eingesehen haben, daß die kommunistische Methode mit Sicherheit zur Herrschaft der Reaktion führt.

In der Morgenstunde



- * Herrenhemden Vigogna, in sehr gut. Qual., in allen Größen M. 2400
- ** Herrenhemden weisse, feinfädige Ware, in allen Größen . . . M. 2500
- * Herrenhemden Vigogna, in sehr guter Qualität, mit mod. Perkaleinsatz, in allen Größen, M. 2700
- * Herrenunterhosen Vigogna, in sehr guter Qualität, mit Leibüberschlag, in allen Größen, M. 1500
- * Herrenunterhosen Einheitsware . . . M. 500
- * Herrenhemden Einheitsware M. 1500
- * Herren-Oberhemden Perkalestoff, in mod. Mustern, mit Falteneins. u. Klappmanschetten, M. 7200
- * Herrenhemden makofarb., garant. 2 fädig, sehr haltbar M. 2700
- * Herrenunterhosen makofarb., garant. 2 fäd., sehr haltb., M. 1900
- * Herrensportkragen glatt und gestr. . M. 150 250
- ** Herrensocken Mako und farbig . . . M. 575
- * Damenstrümpfe lang, in schwarzem, feinem Gewebe . . . M. 600
- * Damenschlupfhosen gutes Trikotgewebe, in mehreren Größen M. 1500
- * Herren-Ülster gute Stoffe, in verschiedenen praktischen Farben M. 7000 7800
- ** Blauleinene Hosen M. 2500
- * Herren-Buckskinhosen gestreift M. 5500
- * Jünglings-Buckskinhosen gestreift M. 5200

* Wird in jedem Quantum verkauft. ** Wird rationiert.

Kaufstüßige, die andere Waren wünschen, können außer der Reihe und jederzeit bedient werden.

Nur eine Verkaufsstelle **BaerSohn** **Keine** Filialen mehr
Nur Chausseestraße 29-30 Nur

Prozesse, Rat, Beistand, mäßige Preise, Teilszahlung, Ehe-, Alimenten-, Strafsachen, Steuern, Gnadengesuche. Landgerichtsrat Dr. v. Kirchbach, Gesellschaft m. b. H., Alexanderstraße 48 (am Alexanderplatz, gegenüber Tietz) (9-7) Glanz-Erfolge! Beobachtet. Tel. Köniat 1595

Nugeseisen jeder Art: Rund-, Flach-, Quadrat- u. Bandeseisen, Gas-Siede-Rohre, T-Träger u. U-Eisen, Feldschmieden und Ambosse sofort ab Lager lieferbar
Felix Kohls, Berlin C. 25, Dirksenstr. 12, Telefon 12972. Ecke Voltstainstraße, Marienplatz 12971.

bei Nervosität körperlicher und geistiger Abspannung
Dr. Hoffbauer's ges. gesch.
Lecithin-Präparate
mit Eisen | mit Arsen | mit Kola
Aus reinstem, dem Hühnerel entzogenen Nervostoff oder Lecithin hergestellt.
Ausführl. Lit. gratis durch:
Elefanten-Apotheke, Berlin SW 19, Leipziger Str. 74 (Dönhofpl.),
Amt Ztr 7192

L'AUSE

nebst Nissen, Wanzen, Motten, Flöhe, Schwaben werden radikal vernichtet durch

PFEIFFEROL

Erhältlich in Apotheken und Drogerien. Apotheker Otto Pfeiffer & Piehler, Berlin N. 65, Schulstraße 16.

Kriegsanleihe wird zu 84%, in Zahlung genommen!

Ausnahmepreise

NUR bis Sonnabend 7 Uhr

Seidenglanz - Popolinemäntel	schwarz, blau, grau, weinrot	192.50
Covercoatmäntel	250-613	Impr. Seidenmäntel 245-660
Schwarze u. farbige Tuchmäntel	218-715	Trikot-Sportjacken, blau 45
Sportjacken, Fantasie	165-357	Jugendl. Kostüme 205-719
Gummimäntel für Damen	291-470	für Herren (auch für stärkere Figuren) 315-825
Stoffröcke	44-257	Mantelkleider 217-817

Großer Gelegenheitskauf!!

Echtes Pelzmäntel 2200-3400 Plüschmäntel 535-1100
Astrachanmäntel 300-578 Krimmermäntel 775-1200

Westmann

1. Geschäft: Berlin W, Mohrenstrasse 37a
2. Geschäft: Berlin NO, Gr. Frankfurter Str. 115

Gardinen

Habe meine Preise weiter herabgesetzt und bietet sich jetzt für jeden Käufer in dieser Woche eine

nie wiederkehrende Gelegenheit

Schalgardinen sowie hocheleg. Künstlergardinen jedem Geschmack entsprechend, weiß, creme, bunt Fenster dreiteilig 48, 65, 85, 95, 125 bis 250 M.

Stores elegante 48, 59, 75 bis 225 M.
Riesenauswahl in Bettdecken ein- und zweibettig 38, 55, 75 bis 325 M.
Gardinenstoffe einfach u. doppelt, diese Quantität Meter 7, 9, 11 bis 23 M.

Madrasgardinen :: Leinenportieren :: Tischdecken
Diwanddecken :: Wandbehänge usw. konkurrenzlos billig!

Vorzeiger 5 Prozent Rabatt

Wiznitzer, Wichertstraße 78, 1 Treppe
(Kein Laden), am Ringbahnhof Schönhauser Allee und Hochbahnstation Nordring
Fahrvergoftung

Vorzeiger 5% Rabatt

Brillanten Juwelen kauft

auch große Posten zum höchsten Kurs
Amsterdamer Diamantschleiferei
160 Friedrichstr. 160
Gegr. 1892

Rasche Hilfe bei unheilbaren, besonders nachts unerträglichem

Handjucken

Bringt die über Jahre bestehende „Ordnungstau“, d. auch in hartnäckigsten Fällen bewährt ist. — Nur gleichzeitige innere Kur Sulfaria - Blutreinigung - Pulver. Bl. 4.20, übliche 3 Schachteln Bl. 12. —
Otto Reichel,
Berlin 42, G.O. Eisenbahnstr. 4

Die Graphologie

von G. Weder. Preis 7.50 M., Porto 1.10 M. Ausführliche Anleitungen zur Beurteilung der Charaktere, um aus derselben Charakter, feilsche Zustände, Temperament, Fähigkeiten usw. zu erkennen, mit 127 Schriftproben und Erläuterungen. Jeder Kauf d. Buch. erhält auf Wunsch h. unfer Postamt eine genaue Beurteilung seiner Handschrift 1. 2.50 M. — Gr. Wörterbuch gratis.
Albrecht Donath, Verlag Leipzig 42.

Möbel

Jeder Art bei kleiner Anzahlung und bequemer Abzahlung
Möbelhaus
Andreasstr. 28 1.
Strengste Diskretion.

Abessinier-Pumpen

für Laubenkolonien u. Selbststaustell. Filtersauger, Garten-Spritzpumpen, Schläuche, Hüllgüter, Gehr. Pumpen und Rohre vorrätig.
Robert Brina Pumpenfabrik
Berlin, Kraustr. 11a, 2. Minut. vom Schlesischen Bli. entfernt

Geschlechts-

krankheiten werden durch alle andere veraltete, nachweisbar noch Hilfe im **Natura-Institut** (ärztliche Beratung), Blücherstr. 1 a 3 (Hallestr. Tor), 10-1, 4-8, Sonntag, 11-1. Samstagsimmer separat. Jeder Kranke verlange Dr. med. Ludwig's Autographenschrift Nr. 2,50 M. in verschlossenen Umschlag ohne Aufdruck. — Eingabe des Lebens zierlich.

Homöopath. Institut

Santé, Harn- u. Geschlechtsleiden. Eng. veralt. Fälle bei idiosyncr. sicher u. schmerzlos. Behandlung, unabh. ohne Berufserfahrung.
G. Schoof, Neue Königstr. 69, am Liegendesplatz.
Ersch. 10-1, 4-8. Siga. 10-12.

Vormarschtreibende und Stärker

Gute Verdienstmöglichkeiten! Aufführung und Vorgebung gebende Prosodie: Ein neuer Welt? leucht groß
F. G. Schmidt & Co.,
Berlin, Rönneberger Str. 71.

Theater, Lichtspiele etc.

Opernhaus IX. Sinfonie-Konzert 7 1/2 Uhr
Schauspielhaus Peer Gynt 6 1/2 Uhr
Deutsches Theater Heute Mittwoch zum 50. Male 8 Uhr: César und Kleopatra
Kammerspiele 7 1/2 Uhr: Frühlings Erwachen
Gr. Schauspielhaus (Karlstraße) 7 Uhr: Kaufmann v. Venedig
Königgrätzer Str. Salome (Orska) 8 Uhr: Dornberg, Bildt, Branden
Komödienhaus 7.30 Uhr: Das weiße Lämmchen mit Max Pallenberg
Berliner Theater Fritzi Massary nur noch diese Woche in „Die spanische Nachtigal“
Central-Theater 7 1/2 Uhr: Die Postmeisterin
Wald-Theater 7 1/2 Uhr: Die spanische Pflüge
Metropol-Theater 7 Uhr: Die blaue Mazur
Neues Volkstheater 7 1/2 Uhr: Nora
Schiller-Theat. Charl. 7 1/2 Uhr: Doktor Klaus
Thalia-Theater 7 1/2 Uhr: Mascottchen
Tham Nollendorferplatz 7 1/2 Uhr: Die Jüdin
7 Uhr: Wenn Liebe erwacht
Theater des Westens 7 1/2 Uhr: Schwalbenhochzeit
Th. d. Kommandantenstr. 7 1/2 Uhr: Der verjüngte Adolar
Wallner-Theater 7 1/2 Uhr: Die Tanzgräfin
Walhalla-Theater 7 1/2 Uhr: Vogelhändler
Residenz-Theater Täglich 7 1/2 Uhr: Das Privileg
Trianon-Theater 7 1/2 Uhr: ROSEN
Kleines Theater Täglich 7 1/2 Uhr: Casanovas Sohn
Rose-Theater 7 1/2 Uhr: Der Weiz Herzen
Casino-Theater Lehringer Str. 37. Tägl. 7 1/2 Uhr: Der Großfürst
Folles Caprice u. a. Oranienb. Tor. Tel. N. 8650
Der keusche Josef Sein Modell Am Badestrand mit Ferd. Grünacher

Volkshöhne Theater am Bölowplatz. 7 Uhr Kapitän Braßbonds Bekehrung
Lessing-Theater 7 1/2 Uhr: Flamme
Deutsches Künstler-Theater Abends 7 1/2 Uhr: Die Scheidungsreise mit Max Adalbert
Große Volkoper Berlin Freitag 7 u. d. „Neuen Welt“
CARMEN Sonntag 7 u. d. „Neuen Welt“
Der Barbier von Sevilla
Königstadt-Theater Bahnhofs jannowitzbrücke

APOLLO THEATER 10 neue Auslands-Sensationen Kaiser-Titz Erra Bogner Sommer-Preise

METROPOL THEATER 12 Schlager. Elite-Sänger April-Jubiläum-Programm!

WINTERGARTEN Varieté-Spielplan Rauchen gestattet! Flirt in St. Moritz

Moritzplatz Varieté-Cafe Oranienstraße 84 54 Täglich 8 Uhr Elite-Programm

SCALA THEATER DIE VARIÉTÉ-BÜHNE 720

Park-Restaurant Südende 86 Ring 1224 Tanz-Abende täglich außer Montag

Großes Schauspielhaus Sonnabend, 9. April 9 Uhr abends Frühlingsfest der Staatstheater Johann Strauß-Abend Das Orchester (140 Künstler) u. der Chor der Staatsoper unter Leitung von: von Schillings · Blech · Furtwängler · Stiedry

Kleide Dich billig, elegant! im Leihhaus Moritzplatz 58a Jackett-Anzüge, Cutaways, Wintermäntel auf Seide, früher bis 1200 M., jetzt für 400-500 M. Ferner Damen-Kostüme, Mäntel, enorm billig!

KLEINE ANZEIGEN

Jedes Wort 1 M. Das fettgedruckte Wort 1,50 M. (inklusive zwei fettgedruckte Wörter) - Stellensuche und Schlafstellenanzeigen das erste Wort fettgedruckt 1 M., jedes weitere Wort 60 Pfennig. - Worte mit mehr als 12 Buchstaben zählen für zwei Worte

Verkäufe Gegen Ratenschulden, Verkauft Damenmode, Stoffe, Kleider, etc.
Sofas, Betten, etc.
Kleider, etc.
Kleider, etc.

Raulino Tabak einmal versucht - immer verlangt. Für kurze Pfeife Schäg, roter Streifen 50 gr Mk. 2,50 " lila " 50 " " 2,75 " grüner " 50 " " 3.- Raulinohaus beste Sorte in Bieddoss 50 " " 12.-

Kaufgesuche Ruppelberg, neu, schilf, auch kein Vollen 8 Schale, Bildenowitz 14, Nocht 648.
Kaufgesuche Ruppelberg, neu, schilf, auch kein Vollen 8 Schale, Bildenowitz 14, Nocht 648.

Rest. Schmetterlingshorst Ferner, Cöpenick 91 Bes. Johannes Bittner am Längen See bei Grünau u. am Fuß der Müggelberge

Reichshall.-Theater abends 7 1/2 Uhr und Sonntags nachm. 3 Uhr Stett. Sänger
PHILHARMONIE Sinfonie-Konzert des Philharm. Orchesters

Union-Klub, Berlin Annahme für Vorwetten für Rennen in Berlin und im Reich Schadowstraße 8 für persönliche und Postaufträge

DAS GUTE Edelweiß-Seifenpulver UBERALL ZU HABEN. J. L. KAHN, No. 18

KLEINE ANZEIGEN

Anzeigen die für die nächste Nummer bestimmt sind, müssen bis Berlin SW. 68, Lindenstraße Nr. 3, abgegeben werden. Derselbe ist wochens tags von vormittags 9 Uhr bis nachmittags 5 Uhr ununterbrochen geöffnet

Verkaufe Gegen Ratenschulden, Verkauft Damenmode, Stoffe, Kleider, etc.
Sofas, Betten, etc.
Kleider, etc.
Kleider, etc.

Gut eingeführte, tüchtige Annoncen-Akquisiteure gegen Fixum und Provision von großer politischer Tageszeitung für sofort gesucht.

Loftredakteur! Wir suchen sofort oder zum 1. April einen tüchtigen Loftredakteur, der deutsch sehr gut, vortrefflich englisch und ein wenig französisch kann.

Buchhalter (Parteienliste) für ein größeres Parteienunternehmen gesucht. Geschäftlich erprobte, tüchtigere Voraussetzungen. Kriegsdienst ab 1. März bevorzugt. Offerten unter 2-30 an die Haupt-Expedition dieser Zeitung erbeten.

Schuhbranche! Zehnte, erprobte, alle Verknäpferinnen nur aus der Branche, werden sofort eingeführt. Bildungen von 11-1 Uhr vom 4. Klassen. „Der Schuhhof“ Eintrichstraße 11

Die Sanktionen.

London, 5. April. (W.B.) In der gestrigen Sitzung des Unterhauses fragte ein Abgeordneter, ob die Meinung der alliierten Sachverständigen in Brüssel, daß auf Grund des Vertrages von Versailles Deutschland kein weiterer Schiffsraum weggenommen werden soll, Aussicht auf Annahme habe. Lloyd George antwortete: „Nein! Ein Delegierter der Brüsseler Konferenz empfahl den alliierten Regierungen, den Vorschlag anzunehmen, um ein allgemeines Abkommen über gewisse Erleichterungen der deutschen Vertragsverpflichtung, u. a. hinsichtlich der Schiffsraumfrage, treffen zu können. Die Haltung der deutschen Regierung zu ihren Reparationsverpflichtungen hat jede weitere Erörterung über diese Frage ausgeschlossen.“

Dabei liegen die ehemals deutschen Schiffe nutzlos herum und kosten nur Reparatur. Aber warum soll der Boche nicht das auch noch bezahlen?

Vorkott gegen Ententeplan.

Der Verband deutscher Filianfabrikanten C. V. hat in seiner Generalversammlung verlangt, daß Erzeugnisse Frankreichs, Belgiens und Englands von deutschen Firmen nicht gekauft oder vorgeführt werden, solange die Gewaltmaßnahmen fortgesetzt werden.

Nun hat auch ein griechischer Ausschuss eine Vorlage über Strafzölle gegen Deutschland ausgearbeitet.

Die griechische Niederlage.

Paris, 5. April. (E.E.) Ueber die Lage an der griechischen Kampffront liegt heute abend folgende, offensichtlich inspirierte Erklärung im „Temps“ vor: Aus verschiedenen Hauptstädten des Auslandes treffen Nachrichten ein, wonach die militärische Lage Griechenlands als sehr bedäuf angesehen werden muß. Die griechischen Truppen, die von Brussa nach Eskişehir marschierten, wurden geschlagen und sind nicht in der Lage, die Offensiv vor dem Eintreffen von Verstärkungen wieder aufzunehmen. Diese Verstärkungen sollen durch Teilmobilisierungen ausgedehnt werden. Es ist allerdings möglich, daß die Reservisten nicht in dem Maße dem Ruf zur Fahne folgen werden, wie die Regierung erwartet. Die Regierung wartet die Rückkehr Sunaris' aus Rom ab, der die Vermittlung Italiens erbeten haben soll, um den Feindseligkeiten ein Ende zu bereiten.

Weiter heißt es in der Erklärung, die Konstantin freundlich geminten Blätter von Athen greifen Frankreich an und beschuldigen die französische Regierung, den Türken dadurch geholfen zu haben, daß sie den Waffenstillstand von Cilicien abschloß, wodurch die Türken die Fronten von Smyrna und Brussa verstärken konnten. Es müsse aber festgestellt werden, daß die Türken nicht die Zeit hatten, diese Truppen zur Verstärkung heranzuziehen; außerdem hatten die Türken an diesen Frontabschnitten zweimal soviel Truppen als die Griechen.

Umstellung der Feindseligkeiten und Intervention der Entente könnte nur erfolgen, wenn die griechische Regierung diese erbiten würde. Wenn Sunaris die Vermittlung Italiens angefordert habe, so scheint es, daß dieser Schritt ohne die Kenntnis der alliierten Regierungen unternommen wurde.

Aus Konstantinopel wird gemeldet, daß der Kampf vor Eskişehir fortbauere. Die griechischen Truppen seien in die Defensive gedrängt worden und haben Boden verloren. Die griechischen Truppen sind nach Meldungen griechischer Blätter ermüdet und haben an Moral stark eingebüßt. Nach den letzten Nachrichten zieht die nördliche Gruppe der griechischen Armee sich zurück.

Die türkische Delegation bei der Friedenskonferenz teilt in den französischen Abendblättern folgendes mit: Die griechische Offensive, die an der ganzen Front mit sehr bedeutenden Kräften unternommen wurde, ist vollkommen gescheitert. Die feindliche Armee erlitt vor Eskişehir eine entscheidende Niederlage. Der Feind hat den nationalistischen Truppen das Schlachtfeld überlassen.

Griechische Berichte reden in der uns ausreichend bekannten Weise vom Erreichen des gesteckten Ziels usw.

An den Völkerbund!

Auf der ersten Tagung des Bundes „Saarverein“, die soeben in Kassel stattgefunden hat, ergriff neben anderen Parteivertretern auch unser Genosse W. Hauschild das Wort zur Betonung der Sympathie des deutschen Volkes mit seinen losgerissenen Brüdern im Saargebiet. Der am Ende angenommenen Entschlüsse entnehmen wir folgende Stellen:

Wir richten im Namen des Volkes an der Saar, das durch ein durch nichts zu rechtfertigendes Militärregime mundtot gemacht ist, einen Aufruf an das ganze deutsche Volk und an alle zivilisierten Völker, insbesondere aber an jene, die dem Völkerbund angehören: „Heißt dem Volke an der Saar, befreit es aus seiner politischen und moralischen Unfreiheit, Rechtslosigkeit und Tyrannie. Laßt nicht zu, daß ein hochzivilisiertes Volk im Herzen Europas als willenloses Spielball des französischen Propagandaregimes mißbraucht wird, das darauf ausgeht, die Seele dieses Volkes zu vergiften, es durch wirtschaftliche Not in seinen reinen Gefühlen zu verewaltigen.“

Im Saargebiet wohnen vor dem Kriege nicht mehr Franzosen als in jedem anderen Gebiet Deutschlands, wo sich einzelne Franzosen aus persönlichen Interessen niederlassen. Die gesamte Bevölkerung ist und war von jeher rein deutsch. Die angeblichen 150 000 Franzosen des Saargebietes, die den Präsidenten der französischen Republik um Annexion des Saargebietes gebeten haben sollen, sind eine gemeine Lüge oder eine noch gemeinere Fälschung.

Obwohl das Saargebiet der Verwaltung des Völkerbundes untersteht, herrscht heute noch das französische Militär dort, in Verbindung mit der französischen Propaganda. Jede Auslieferung, die irgendwie diesen beiden Gewalten mißfällt, wird mit Ausweisung bestraft. Rücksichtslos werden auf Grund gemeiner Spitzelberichte und Denunziationen Familienmitglieder auseinandergerissen, Existenzen vernichtet und Freiheit und Recht des einzelnen und der Gesamtheit mit Füßen getreten. Das Volk muß schweigen, will es sich nicht brutaler Gewalt ausliefern. Der Völkerbund, einseitig durch die Organe der französischen Annexionspolitik informiert, hat keine Ahnung von den wahren Zuständen.

Ihr Heimats- und Volksgenossen an der Saar, Ihr wißt, daß die französische Politik nichts weiter will, als das Saargebiet trotz der Bestimmungen des Friedensvertrages endgültig Frankreich einzuverleiben, um des Kohlen- und Industrieerichtums willen. Zielsetzt arbeiten sie mit dem nichtswürdigen Mittel: Zwietracht unter Euch zu säen. Sie benutzen dazu Güre innerpolitischer Meinungsverschiedenheiten. Ihr steht einem entschlossenen Feinde gegenüber. Schließt deshalb ebenso geschlossen Eure Reihen gegen diesen Euch von außen bedrückenden Feind. Seid deshalb einig! Stellt inneren Streit und Heber zurück vor der Euch allen gemeinsam drohenden Gefahr: die Vernichtung Eures Volkstums. Seid einig und erhebt gemeinsam Eure Stimme vor Euren Schutzherrn, dem Völkerbund! Er soll durch den gemeinsamen Appell aller endlich einmal erkennen, daß Euch bitteres Unrecht geschieht von einer Macht, die nur egoistische und materielle Interessen verfolgt auf der Basis der Lüge!

Severing über den Putsch.

Die Funktionäre des Bezirksverbandes Berlin (S.P.D.) nahmen gestern in einer überfüllten Versammlung in den Germania-Sälen zu den letzten politischen Ereignissen Stellung. Genosse Severing, preußischer Minister des Innern, referierte und führte etwa folgendes aus:

Es ist notwendig, in dieser ersten Zeit eine Richtlinie festzulegen, nach der geschlossen gehandelt werden muß. (Zustimmung.) Die „Deutsche Tageszeitung“ und die „Kreuzzeitung“ haben erklärt, daß die kommunistischen Unruhen nicht so weit gehen dürfen, wenn die preussische Regierung nicht geschlossen hätte, sondern ihren Ratsschlägen gefolgt wäre. Die kommunistischen Aufmarschpläne der „Deutschen Tageszeitung“ sind mir amtlich zur Kenntnis gekommen, aber es fehlte all diesen Plänen eines: Maschinengewehre und Artillerie, die sich die Putschisten von der Reichswehr holen sollten. Wir haben alle die „Pläne“ als Märchen erkannt. Eingegriffen wurde erst, als konkrete Tatsachen darauf hinwiesen, daß ein Putsch in Vorbereitung

war, der in letzter Linie Wasser auf die Röhren der Reaktion liefern und Deutschland zu einem Horrib-Üngarn machen würde. (Zustimmung.) Die Regierung hat nicht das erste Dynamitattentat, das am 16. März erfolgte, abgewartet, sondern bereits am 14. März ist eingegriffen worden. Severing schilderte das Treiben des blutrünstigen Rabulisten Stern, der in der Verbeugung der mitteldeutschen Arbeiterschaft Unglaubliches geleistet hat. Die Reichsregierung hatte genaue Anweisungen gegeben, und nach diesen mußte dieser Stern ausgenutzt werden. Als dann bekannt wurde, daß Hölz und seine Jünger zu Gewalttätigkeiten aufrufen, mußte hiergegen vorgegangen werden. Die ganzen Aktionen wurden durch die Polizei ausgeführt und selbst die Unabhängigen haben zugestehen müssen, daß die Polizei nicht provoziert hat, daß vielmehr

die ersten Schüsse von den Hölzianern

gefallen sind. Die Polizei hat bald den Aufstand niedergeschlagen, und das behagte denen nicht, die auf Gelegenheit zu einem neuen Kapp-Unternehmen hoffen. (Zustimmung.) Die hätten am liebsten gesehen, daß ein General den Oberbefehl in Mitteldeutschland erhalten hätte. Wir haben das nicht getan und dadurch verhindert, daß Deutschland in einen Bürgerkrieg verwickelt worden wäre. Gemessen an den Aufständen der letzten Jahre ist diese Bewegung ziemlich unblutig geblieben. Ueber die strategischen Fehler eines Lichtschlag bei den Operationen im Ruhrgebiet, denen ganze Kompagnien zum Opfer fielen, hat sich die Rechtspresse nicht aufgeregt.

Wir stehen im Kampfe gegen rechts und gegen links. Mit einem kommunistischen Arbeiter, der an den Sieg der Idee glaubt, kann man zusammenarbeiten, aber mit Verbrechern, die sich hinter dem Namen Kommunisten verstecken, niemals. Gegen diese muß hart vorgegangen werden. Ich bedauere den Tod Sültz, aber der Wachmeister, der am Freitag von Feiglingen ermordet wurde, tut mir ebenso leid. (Brausender Beifall.) Heute nennt die „Rote Fahne“ die Polizeisten Mörderbande, morgen wird sie um dieselben Leute und will sie zur Kerntuppe der „Roten Armee“ machen.

Die „Rote Fahne“ vom 19. März hat erklärt, daß die Sanktionen der Entente

benutzt werden müßten, um Deutschland Schwereigkeiten zu bereiten und daß sie das Signal werden müßten zum Vorgehen der Kommunisten auf der ganzen Linie. (Lebhafter Beifall.)

Wir hören wegen unserer internationalen Gesinnung nicht auf gute Deutsche zu sein und verurteilen auf das schärfste diesen Verrat Deutschlands an die Entente. (Bravo!)

Wenn morgen zu neuen Putschen aufgerufen wird, wird die Arbeiterchaft dieser Parole nicht folgen.

(Stürmischer Beifall.)

Wir werden vielleicht nächsten Aktionen machen müssen, die den Endkampf um die politische Macht darstellen, aber wir werden keine nutzlosen Demonstrationen machen und die Kraft der Arbeiterschaft schwächen. Unsere Aktionen werden aber nicht so aussehen, daß sie uns vor Deutschland und ganz Europa zu Verbrechern stempeln, sie werden nicht gegen die öffentliche Meinung und die Mehrheit der Volksgenossen, sondern im Einklang mit ihr geführt werden. Ein Messer, das man fortwährend gebraucht, wird stumpf. Die jetzigen kommunistischen Aktionen sind aber nichts anderes, als wenn jemand ständig mit der Messerschneide auf einen Stein haut. Den Vorteil hat allein die Reaktion. (Sehr richtig!) Wir werden den Kampf führen gegen die Reaktion von rechts und links. Jean Jaurès hat einmal gesagt: Es ist niemand so radikal, daß er nicht der Opportunist eines andern ist. Was ist die K.P.D. anders, als der Versuch, die K.P.D. zu übertrumpfen, was sind die Anarchisten anders als eine Uebertrumpfung der K.P.D. Was sind diese Lieberdialisten insgesamt anders als die Entartung der früheren Gelben? (Sehr gut!) Nicht das Gefühl, sondern die politische Wirkung macht den Radikalismus aus. Gegen die scheinradikalen Maulhelden sowie gegen die Monarchisten, denen sie Zutrogerdienste leisten, müssen wir scharf vorgehen. (Zustimmung.) Politik wird nicht mit dem Gefühl, sondern mit dem Verstand gemacht.

Dieselben Leute, die sich über die Anwendung der Machtmittel des Staates beklagen, sind selber zehnmal grausamer.

Wir dürfen dieser Entwicklung nicht passiv gegenüberstehen, sonst werden russische Zustände eintreten und uns stände das Schicksal der russischen Menschheiten bevor. (Zustimmung.) Gegen wen richtet sich denn die Wut der Kommunisten in erster Linie? Beisehen sie mit Vorliebe bürgerliche Zeitungen? Nein, auf die sozialistische Presse haben sie es stets zunächst abgesehen! (Sehr richtig!) Jeder muß in der Werkstatt und wo es sonst sei, gegen die Kommunisten wirken, denn wird der Ansturm von rechts wie der von links verschellen. (Stürmischer Beifall.)

In der Diskussion schildert Genosse Häußler aus eigener Anschauung das Treiben der Kommunisten im holländischen Gebiet. Unter anderem erwähnte er die scheußliche Ermordung und Verurteilung von fünf Schutzpolizisten, die unsere Parteigenossen waren. (Lebhafte Freize.) Genosse Wischlag ergänzt diese Darstellungen. Die Mansfelder Bergleute sind jetzt gegen die Kommunisten, die sie irreführt haben, sichtbar aufgebracht. Er erinnert an ein kommunistisches Flugblatt vom Freitag, in dem es heißt:

„Es ist gelungen, die Polizei aus ihrer Reserve herauszulösen.“

So provozieren die Leute Autoorgeln, die jetzt wehleidig jammern. Wir haben keinen Anlaß, uns an der Beerdigung Sültz zu beteiligen. (Beifall.) Protasch schildert das Verhalten der Unabhängigen und Kommunisten bei den jetzigen Verhandlungen mit dem Magistrat. Er kennzeichnet insbesondere den unabhängigen Stadverordnetenvorsitzer Dr. Wenzl, der sich erst auf Seiten der Kommunisten stellte und den unabhängigen Aufruf als Generalkriegsparole auslegte, dann aber, als sein Parteigenosse Holtmerhaus die gegenteilige Auffassung vertrat, eine zweite Rede hielt, die das genaue Gegenteil der ersten war. (Heiterkeit.) Jurus: Und der wolle Bürgermeister werden! Gennerz (Eisenbahner) erfuhr die Genossen, auf die verdächtigsten Eisenbahnattentäter ein wachames Auge zu haben. Wolf begründet eine Resolution der S.P.D.-Fraktion der Reichsbruderei, die sich gegen Sondergerichte und Schieferlöcher wendet, die Perichlerstattung des „Vorwärts“ im Fall Sültz, den Artikel des Genossen Franz Krüger und die Nichtaufnahme eines Aufrufs der Gewerkschaftskommission im „Vorwärts“ bemängelt. (Bereinigter Beifall.) Franz Krüger: Die Urheber der Dynamitattentate usw. haben nicht den Anspruch, als politische Verbrecher behandelt zu werden. Trotzdem verwerfen wir die Sondergerichte, deren Wirken nur den Kommunisten neuen Agitationsstoff geben

wird. Bei der Entrüstung über den Fall Sültz wollen wir nicht unsere Parteigenossen vergessen, die von den Kommunisten ermordet

wurden, weil sie sich gegen den Generalkriegswahn wendeten, wie zuletzt noch im Kreis Wetz. Sie stehen uns näher als Sültz! (Lebhafter Beifall.) Wenn wir die Schutzpolizei als zuverlässige Truppe der Republik erhalten wollen, müssen wir, wo sie es voll verdient, auch für sie eintreten, wie es mein Artikel getan hat. (Sehr richtig!) Im Fall Sültz hat der „Vorwärts“ den offiziellen Bericht der Kommission wörtlich gebracht, die „Rote Fahne“ dagegen nur einen einseitigen Bericht zweier kommunistischer Kommissionsmitglieder. (Hört, hört!) Wenzl sucht unter starkem Widerspruch der Versammlung teilweise das Verhalten der Kommunisten zu entschuldigen. — Ein Schlusssatz wird abgelehnt. Potenski bestätigt die Angaben Protaschs über das widerspruchsvolle und schwankende Verhalten Wenzls. Außerhalb der Rednerliste erhebt das Wort

Vollzeipräsident Genosse Richter:

Mein Amt verhindert mich, manches zu sagen, was meine Ausführungen noch überzeugender gestalten würde. Für die Kommunisten gilt der Satz: Wer andauernd mit dem Feuer spielt, darf nicht klagen, wenn er sich die Finger verbrennt. Die Polizeibeamten, die oft genug in der gefährlichsten Weise ihr Leben einsetzen müssen, haben auch ihrerseits Anspruch auf Schutz. Die Siegesjubiläumattentäter z. B. hatten in der einen Hofentafelche den Ausweis der K.P.D., in der anderen den geladenen Revolver.

Ich habe der Gewerkschaftskommission die diesen Leuten abgenommenen Waffen vorgelegt. Sie haben sich durch Betasten überzeugen können, daß diese Revolver kein Humbug, sondern — scharf geladen waren! (Hört, hört!) Sültz ist nicht von einem Beamten der Schutzpolizei, sondern von einem Kriminalbeamten angeschossen worden. Wer meint, daß aus dem Polizeipräsidium niemand entfliehen könne, der kennt das Gebäude nicht. (Zuruf: Die Behandlung der Kommission!) Mit der Kommission habe ich volle vier Stunden lang verhandelt. Auch der unabhängige Rechtsanwalt Weinberg, der anfänglich immer von Mord sprach, hat später nur noch von einem bedauerlichen Vorfall gesprochen. Absolut sichere Maßnahmen, Fluchtversuche im voraus zu vereiteln, gibt es nicht. (Zuruf: Fesseln!) Das Geschrei möchte ich hören, wenn ein Kommunist gefesselt vorgeführt wird! Ich habe aber angeordnet, daß Transporte politisch bekannter Personen künftig nur durch mehrere Beamte

erfolgen. Das ist nach das beste Vorbeugungsmittel. (Zustimmung.) Beim Elektrizitätsarbeiterstreit im vorigen Jahre habe ich Sültz nicht verhaftet, obwohl es dringend gefordert wurde, weil das den halb abgewirtschafteten Führer nur rehabilitiert hätte. Doch jetzt hatte ich aus gleichen Gründen bereits angeordnet, daß er sofort dem Staatsanwalt vorgeführt werde. Da kam jener traurige Zwischenfall, der mir persönlich sehr nahegegangen ist. Aber auch der beschuldigte Beamte hat das Recht auf gerechtes gerichtliches Verfahren. Ich habe den Eindruck, daß jetzt einige Unabhängige und auch Leute von uns, die bisher gegen das kommunistische Treiben aufgetreten sind, Angst vor der eigenen Courage bekommen haben. (Heitere Zustimmung.) Einer der Kommunisten, die bei mir waren, hat gesagt, daß

die Moskauer Parolen für die deutschen Arbeiter unausführbar wären, weil diese keine Analphabeten sind. Mit den jetzigen Führern werde die K.P.D. scharf abrechnen. Diese Leute, die die Abrechnung fürchten, klammern sich an den Fall Sültz. Zeigen Sie, daß Sie erst recht keine politischen Analphabeten sind! (Lebhafter Beifall.) — Ein Schlusssatz wird jetzt angenommen. Persönlich erklärt Krüger, daß er dadurch verhindert sei, die gegen den „Vorwärts“ gerichteten Angriffe zu widerlegen. — Diese Angelegenheit wird darauf der Preßkommission überwiesen.

Mit allen gegen eine Stimme gelangt folgende Resolution des Bezirksvorstandes zur Annahme:

Die Funktionäre und Betriebsvertrauensleute der S.P.D. Groß-Berlins billigen das Vorgehen der preussischen Regierung gegen die Putschversuche und Gewalttaten kommunistischer Verbrecherbanden. Die Arbeiterschaft weist jede Solidarität mit diesen Banden weit von sich, da deren Handlungen nur eine weitere Ersparung der Reaktion zur Folge haben können.

Die Konferenz ist durchaus damit einverstanden, daß die Schuldigen an den Mord-, Raub- und Sprengattentaten einer gerechten Bestrafung zugeführt werden. Dafür erscheinen die verordneten Sondergerichte aber als durchaus ungeeignet. Es muß verlangt werden, daß gerade die Prozesse aus Anlaß des kommunistischen Putsches unter Wahrung aller Rechtsgarantien für die Angeklagten vor den ordentlichen Gerichten stattfinden.

Die Konferenz bedauert die Erklärungen des Kommunisten Sültz, weil sie von den Kommunisten ohne Rücksicht auf die Schuldfrage als neues Agitationsmittel zur Anschaffung ihrer Putschagitation benutzt wird. Sie erwartet restlose Aufklärung dieses Falles und fordert Beseitigung des Erlasses, der das Schließen auf stehende Gefangene anordnet. Die Konferenz lehnt es aber ab, in das Mordgeschrei der Kommunisten einzustimmen, die seit Wochen selbst nur zu Mord und Gewalt aufgefordert und dadurch den Tod Sültz selbst verschuldet haben und auf deren Haupt der Tod vieler braver Arbeiter kommt.

Den lediglich kommunistischen Parteizwecken dienenden Demonstrationen streit anfänglich der Beerdigung Sültz lehnt die Konferenz ab.

Nach einem kurzen Schlusssatz des Genossen Krüger wurde die Verlesung mit einem donnernden Hoch auf die Sozialdemokratie geschlossen.

Opfer des Wahnsinns.

Magdeburg, 5. April. (W.B.) Die Waldeselle des Oberpräsidenten teilt mit: Aus der ganzen Provinz keine besonderen Nachrichten. Die Streifen dauern fort, und verprengte Auführer werden immer noch festgenommen. Die Ausnahmegerichte haben ihre Tätigkeit aufgenommen. Der Rücktransport der Reichswehr in ihre Garnisonen hat begonnen. Die Verluste der Schutzpolizei während der Auführerbewegung sind folgende: 33 Tote, 57 Verwundete und 1 Vermißter.

Neuwahlen in England?

London, 5. April. (W.B.) Der Parlamentsberichterstatter der „Times“ bestätigt, daß die Ansicht aufkommt, im Falle eines Streiks des Arbeiterdeubundes werde Lloyd George mit Neuwahlen antworten.

Herr Lloyd George, dessen unermüdete Helferdienste für die französischen Hochvolk, auf Kosten der Alliierten selbst, immer höhere Würdigung in England finden, hat schon mehrfach große Sammlungsreden gegen den englischen „Volkswohlstand“ gehalten. Der Kongress der B.P. hat ihm durch seine Abfolge an Moskau das Konzept verlesen; jetzt soll ein Sympathiestreik der Eisenbahner und Transporter für die gegen Lohnreduktion kämpfenden Bergarbeiter die erschreckten Wähler des Herrn Lloyd George in die Rieche treiben.

Die Reuewahl der italienischen Kammer soll am 15. Mai stattfinden.

